

# Sozialdemokrat

Zentralorgan d. Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei i. d. Tschechoslowakischen Republik.

Einzelpreis 70 Heller.  
(Einschließlich 6 Heller Porto)

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

Dr. Daffner u. Verwaltung: Drag II, Petřínka 16 • Tel. 30703, 31409, Nachred. (ab 21 Uhr): 33056 • Postamt: 37544

13. Jahrgang.

Dienstag, 7. November 1933

Nr. 260.

## Ein Budget von 7630 Millionen

Die Gesamtausgaben gegenüber dem Vorjahr um 1712, gegenüber 1931 um 4115 Millionen herabgesetzt

### Keine neuen Steuern

Prag, 6. November. Nach dem heute im Parlament vorgelegten Finanzgesetz, in welchem der Staatsvoranschlag für 1934 festgelegt wird, betragen in Kč:

#### A) Staatliche Hoheitsverwaltung

	1934	1933
die gesamten Staatsausgaben . . .	7.630.665.720	8.632.537.770
die gesamten Staatseinnahmen . . .	7.631.839.990	8.634.170.060
Der rechnungsmäßige Ueberschuß beträgt also . . . . .	1.174.270	1.632.290

#### B) Staatliche Unternehmungen

	1934	1933
Ausgaben . . . . .	7.157.125.580*)	7.867.056.290
Einnahmen . . . . .	8.100.627.000	9.073.630.000
Betriebsgewinne . . . . .	1.607.922.400	1.699.198.310
Betriebsverluste . . . . .	828.020.980	492.624.600

Von dem erzielt Gewinn der staatlichen Unternehmungen werden 1.235.985.370 Kč (im Vorjahre 1.658.604.710 Kč) an die Staatskasse abgeführt.

\*) Die Gesamtausgaben sind ursprünglich mit 7.320.725.580 Kč präliminiert; davon ist jedoch ein Postulatsbeitrag von 163.600.000 Kč nach Artikel XXV des Finanzgesetzes in Antrag gebracht, der durch Sparmaßnahmen im Personalsbudget der Staatsbetriebe herbeigeführt werden soll.

#### C) Zuweisungen an Selbstverwaltungskörper etc.

	1934	1933
Anteil der Selbstverwaltungskörper und Fonds an staatlichen Steuern, Abgaben usw. . . . .	1.650.225.200	1.640.732.900
an den Fonds für kleine Bierbrauereien . . . . .	6.000.000	6.000.000
an den Straßensfonds . . . . .	242.000.000	255.700.000
an den Restaurationsfonds . . . . .	10.000.000	10.000.000
an den Wasserwirtschaftsfonds . . . . .	16.000.000	11.300.000
Zuweisung an die Mafchau-Oderberger und Privatbahnen zur Deckung des Betriebsdefizits . . . . .	125.000.000	125.000.000
Für Arbeitslosenfürsorge:		
1. aus der Einkommensteuer . . . . .	300.000.000	200.000.000
2. aus der Umsatzsteuer . . . . .	400.000.000	400.000.000
3. aus der (nicht verwirklichten) Notabgabe . . . . .	—	100.000.000
Summe aller Zuweisungen (Gruppe C) . . . . .	2.749.225.200	2.748.732.900

#### D) Verwaltung der Staatsschuld

Kapital . . . . .	38.736.993.462	37.969.344.056
davon:		
1. fundierte Schuld . . . . .	24.231.653.500	22.367.680.800
2. nichtfundierte Schuld . . . . .	4.452.681.000	4.083.018.000
3. auswärtige Schuld . . . . .	7.452.658.962	8.838.645.256
4. Banknotenschuld . . . . .	2.600.000.000	2.689.000.000
Ausgaben an:		
Zinsen . . . . .	1.654.116.746	1.579.143.554
Amortisation . . . . .	36.406.724	402.062.743
Verwaltung . . . . .	6.932.283	15.046.519
Summe der Ausgaben für die Staatsschuld . . . . .	1.697.455.753	1.996.252.816

## Das Exposee des Finanzministers

Prag, 6. November. Im Parlament wurde heute der Staatsvoranschlag für 1934 in Anwesenheit des Ministerpräsidenten und zahlreicher Minister aufgelegt und mit einer Rede des Finanzministers eingeleitet.

Nach der Plenarsitzung trat sofort der Budgetausschuß zusammen, der unter Vorsitz Dr. Cerný wie im Vorjahre den tschechischen Genossen Remeš zum Generalsekretären über das Budget wählte und dann auch die Referenten für die einzelnen Budgetgruppen bestimmte. Um den Mitgliedern des Ausschusses, bzw. den Referenten entsprechende Zeit zum Studium des Budgets zu lassen, wurde die nächste Ausschusssitzung, in der die Generaldebatte eröffnet werden soll, erst für Freitag 10 Uhr vormittags festgelegt.

### Finanzminister Trapl

betonte in seiner beifällig aufgenommenen Budgetrede, daß das Budget für 1934 im Zeichen der Entlastung aller Bevölkerungsschichten stehen und das Ergebnis von Opfern sei, die gebracht werden mußten. Er erinnert an die Schwierigkeiten, die schon die Zusammenstellung des Budgets für 1933,

mit sich brachte, und konstatiert, daß heuer eine weitere Herabsetzung der Ausgaben in erheblichem Maße notwendig war. Die zeitgerechte Verhandlung des Budgets erscheint noch im heurigen Jahr ohne Budgetprovisorium gesichert. Für die durchgeführte Revision aller Staatsausgaben wurden als Grundlage die Anträge der Spar- und Kontrollkommission genommen, soweit ihre Durchführung

schon für 1934 gesichert werden und ihr finanzieller Effekt schon im Budget Ausdruck finden konnte.

In den Ausgaben wurde das Budget gegenüber dem Vorjahr um 1001,8 Millionen, d. i. um 11,6 Prozent herabgesetzt; rechnet man die weitere Herabsetzung des Budgets der staatlichen Unternehmungen per 709,9 Millionen hinzu, so gelangt man zu einer Herabsetzung des Gesamtbudgets um 1711,8 Millionen gegenüber dem Vorjahr und sogar um 4.115 Millionen gegenüber dem letzten normalen Budget für 1931.

Bei den staatlichen Unternehmungen gelang es trotz der Herabsetzung der Einnahmen um weitere 973 Millionen, das Aktivsaldo auf einer Höhe von 1236 Millionen, also nur um 183,6 Millionen niedriger als im Vorjahr, zu erhalten, trotzdem die Staatsbahnen von ihrem Gesamtverlust von 819 Millionen rund 337 Millionen, d. i. um 83,4 Millionen mehr als im Vorjahr, aus eigenen Mitteln decken.

Wie im Budget für 1933 werden durch Zuweisungen in der III. Gruppe alle Ausgaben außerhalb des Staats (Lehrergehälte), sowie die vorübergehenden außerordentlichen Ausgaben (Defizit der Privatbahnen und Ausgaben für die Arbeitslosen) durch Zuweisungen aus gewissen Steuererträgen gedeckt.

Die öffentlichen Steuern und Abgaben sind durchwegs ermäßigt worden mit Ausnahme der Einkommensteuer, deren Gesamtpräliminare von 1044 auf 1095 Millionen erhöht wurde.

Diese Erhöhung ist begründet mit Hinsicht auf die günstigen Ergebnisse dieser Steuer für 1932, wo sie statt der präliminierten 1020 Millionen 1340,9 Millionen ergab, sowie auch mit Rücksicht auf die weitere Entwicklung für das heurige Jahr. Neu ist die Militärausgaben (zu der es im Vorjahr nicht kam), die nun als besonderer Zusatz zur Einkommensteuer 35 Millionen einbringen soll.

Das Budgetgleichgewicht wird heuer ausschließlich durch Herabsetzung der Einnahmen erreicht. Es werden nicht nur die bisherigen Einnahmenschätzungen weiter verringert, sondern das Budget rechnet auch nicht mit neuen Einnahmequellen. Das Budgetgleichgewicht konnte unter diesen Umständen nur um den Preis eines neuerlichen Eingriffes in die Bezüge der Staatsangestellten erreicht werden, wobei rund 400 Millionen eingespart werden sollen.

Diesem entfallen rund 158,9 Millionen auf die eigentliche Staatsverwaltung, 163,6 Millionen auf die Staatsbetriebe und 77,5 Millionen auf die nichtstaatlichen Lehrer. Die schwere Einsparung zeigt sich im Budget nur insoweit, als man die Post für die Lehrergehälte auf dem vorjährigen Betrag von 925 Millionen belassen konnte, obwohl nach den Erfahrungen des letzten Jahres heuer zur vollen Bedeckung der Lehrergehälte rund 1000 Millionen notwendig gewesen wären.

Auf die Sachausgaben entfällt der weitestgrößte Teil der Streichungen, nämlich 1390,6 Millionen.

Das vorliegende Budget zeigt, daß der Umfang der Bedürfnisse der Staatswirtschaft vielleicht auf das niedrigste Niveau seit Beginn unserer Selbstständigkeit gesunken ist.

Zehr häufig werden propagierte Einsparungsmaßnahmen in der Staatswirtschaft von der Öffentlichkeit mit größtem Widerwillen aufgenommen. Und doch müssen wir uns auch in der Staatswirtschaft nach dem alten Grundsatz richten, nicht mehr auszugeben, als wir einnehmen. Nur ein ausgeglichenes Budget kann der Ausgangspunkt für alle übrigen wirtschaftlichen Lösungen bilden, deren beschleunigte Durchführung andererseits wieder die Voraussetzung für die wirkliche Erhaltung des Budgetgleichgewichtes ist.

In Besprechung der Währungsmaßnahmen, die von einzelnen Staatsgruppen getroffen worden sind, betont Trapl, daß die Tradition unserer Wirtschaft, deren Kollaps wir in den vergangenen Jahren einzig dadurch gesichert haben, daß wir vom Anfang an versuchten, die Währungsstabilität zu erzielen und sie dann unter allen Umständen aufrecht zu erhalten, uns selbstverständlich in die (Fortsetzung auf Seite 2.)

## Budget 1934

Ein Produkt der wirtschaftlichen Not und der politischen Notwendigkeiten

Der Voranschlag, den gestern der Finanzminister dem Abgeordnetenhaus vorgelegt hat und der den Plan für die Staatswirtschaft des nächsten Kalenderjahres darstellt, trägt alle Anzeichen eines Krisenbudgets an sich. Die schwere Krise, in der sich mit der gesamten Weltwirtschaft auch die Wirtschaft der Tschechoslowakischen Republik befindet, führt naturgemäß zu einer Verminderung der Staatseinnahmen, wodurch der Staatshaushalt aus dem Gleichgewicht gebracht wurde. Dieses Gleichgewicht zwischen den Einnahmen des Staates und seinen Ausgaben müssen wir aber aufrechterhalten, wenn wir das durch den Kapitalismus hervorgerufene Wirtschaftchaos nicht noch steigern und wenn wir nicht unsere Währung gefährden wollen, von deren Aufrechterhaltung sowohl der Reallohn derer abhängt, die noch Arbeit haben, als auch der Wert der Arbeitslosenunterstützung. Das Gleichgewicht im Staatshaushalt aufrecht zu erhalten liegt also im Interesse auch der Angehörigen der proletarischen Klasse.

Ein defizitloses Budget kann angesichts dieser Lage erzielt werden entweder durch die Herabsetzung der Ausgaben oder durch die Erhöhung der Einnahmen. Die letztere Methode wurde in früheren Jahren angewandt, aber jede Steuererhöhung wird mit dem Fortschreiten der Krise schwieriger und dazu kommt noch der Widerstand der bürgerlichen Koalitionsparteien dort, wo sich noch etwas herausfragen ließe. Es bleibt also nichts anderes übrig als die Ausgaben herabzusetzen.

Dies ist auch beim vorliegenden Budget geschehen. Die Ausgaben der eigentlichen Staatsverwaltung, die noch 1931 fast zehn Milliarden Kč betragen und die sich 1933 auf 8638 Millionen belaufen haben, sind mit 7630 Millionen also um eine volle Milliarde niedriger eingesetzt als ein Jahr zuvor. Die Herabsetzung der Ausgaben deckt sich mit jener der Einnahmen (1933: 8632 Millionen, 1934 7630 Millionen), so daß das Budget rein rechnerisch ausgeglichen erscheint.

Die Herabsetzung der Ausgaben der Staatsverwaltung trifft fast alle Ressorts. So wurden herabgesetzt — um nur die wichtigsten Ressorts anzuführen — die Ausgaben des Außenministeriums von 124,7 Millionen (1933) auf 122,2 Millionen (1934), des Ministeriums für Nationalverteidigung von 1252 auf 1227 Millionen, des Justizministeriums von 290 auf 285,8 Millionen, des Schulministeriums von 979 auf 925 Millionen, des Landwirtschaftsministeriums von 198 auf 182 Millionen, des Handelsministeriums von 33 auf 29 Millionen, des Ministeriums für öffentliche Arbeiten von 567 auf 439 Millionen, des Ministeriums für soziale Fürsorge von 863 auf 742 Millionen, des Gesundheitsministeriums von 146 auf 140 Millionen. Eine Steigerung erfuhren nur das Innenministerium (von 646 auf 657 Millionen), eine Folge der Maßnahmen gegen die den demokratischen Charakter des Staates gefährdenden Elemente und die Versorgungsgegenstände (von 866 auf 890 Millionen), was auf die stärkere Pensionierung der Staatsangestellten zurückzuführen ist.

Was die Staatsbetriebe betrifft, so kommt die Krise naturgemäß in einer Verminderung des Gewinnes bzw. Vergrößerung des Verlustes zum Ausdruck. Der Gewinn der Tabakregie wird mit 1454 Millionen gegen 1539 Millionen im Vorjahre veranschlagt, der der Post mit 31,6 Millionen gegen 34,6 Millionen voriges Jahr, während das Defizit der Eisenbahnen — dieses Sorgenkindes unserer öffentlichen Wirtschaft — auf 819,2 Millionen gegen 490,8 Millionen gestiegen ist.

Welche Schwierigkeiten die rein formale Ausglichenung des Budgets bereitet hat, zeigt

die Tatsache, daß das Defizit rechnerisch nur dadurch zum Verschwinden gebracht wird, daß von der Gesamtsumme der Revisorausgaben etwas abgezogen und zu den Gesamteinnahmen eine Summe dazugeschlagen wird.

Diese Tatsache zeigt zweifellos einen Mangel des Budgets auf. Es ist nicht gelungen, den Voranschlag in allen seinen Teilen fertigzubringen.

Auch in einer andern Hinsicht entspricht das Budget nicht den Anforderungen, die man in formaler Beziehung an dasselbe stellt, nicht. Das Budget soll vollständig sein, d. h. es muß alle tatsächlichen Ausgaben ebenso enthalten wie alle Einnahmen.

In materieller Beziehung sind viele Herabsetzungen der Staatsausgaben bedauerlich. Wenn die Nebenbezüge und Akkorde bei Staatsangestellten bzw. Staatsarbeitern herabgesetzt werden, so bedeutet dies eine Schwächung der Kaufkraft der Bevölkerung und damit wird die Belebung der Wirtschaft erschwert.

Allerdings sind — das muß gesagt werden — alle Sparmaßnahmen, welche in der Staatswirtschaft getroffen werden, keine Sicherung dafür, daß der Voranschlag auch eingehalten werden kann, d. h. daß dem rechnerischen Ausgleich zwischen den Einnahmen und Ausgaben im Budget von 1934 auch der tatsächliche Ausgleich in den wirklichen Einnahmen und Ausgaben entspricht.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß der Voranschlag für 1934 ein Kind der wirtschaftlichen Not und der politischen Notwendigkeiten ist. Das Gleichgewicht im Staatshaushalt mußte im Interesse unserer Währung und damit im Interesse unserer Lohn- und Gehaltsempfänger wie unserer Arbeitslosen hergestellt werden und die Gestalt des Budgets in seinen einzelnen Teilen ist das Ergebnis der Zusammenarbeit der Parteien der gegenwärtigen Koalition und weist jene Eigenarten auf, die allen gesetzgeberischen Werken der Koalition eigen tümlich sind.

### Das Exposee Trapls

(Fortsetzung von Seite 1.)

Reihen derjenigen gestellt hat, die entschlossen sind, auf der Unwandelbarkeit der tschechoslowakischen Währung zu verharren.

Allerdings konnten wir in der kurzen Zeit unserer finanziellen politischen Souveränität nicht so stark werden, wie die Staaten mit hundertjährigen Wirtschaftstraditionen. Diese Tatsache muß uns gegenwärtig vor jedem leichtsinnigen Eingriff warnen, der die Stabilität der Währung bedrohen könnte.

Wir müssen daher den begonnenen Weg des Ausgleiches unserer gesamten Wirtschaft mit dem Weltwirtschaftsproblem fortsetzen. Dieser Ausgleich hat sich bei uns nicht gleichmäßig vollzogen, sondern langsam und nicht ganz konsequent.

Die Aussichten auf die Erreichung des wirklichen Gleichgewichtes in der Staatswirtschaft des nächsten Jahres haben sich zweifellos gebessert.

In der Weltwirtschaft kann man eine gewisse Besserung konstatieren; bei uns im Inland gleicht sich die absteigende Wirtschaftslinie langsam aus und stabilisiert sich.

Als Hauptaufgabe in diesem Zeitpunkt müssen wir daher vor allem Preis Anpassung und Wiederaufbau unseres Exportes ansehen, um so namentlich die Voraussetzungen für die Erneuerung unserer Wirtschaftsbeziehungen zum Ausland zu schaffen.

Trapls betonte weiters die unbedingte Notwendigkeit eines erweiterten Preisabbaus und verwies darauf, daß der große Preissturz bei den landwirtschaftlichen Erzeugnissen in den Konsumpreisen dieser Produkte absolut nicht zu erkennen ist.

In Besprechung der Verhältnisse auf dem Kreditmarkt weist Trapls darauf hin, daß diese heuer bereits günstiger geworden sind. Die Voraussetzung für eine Besserung der Wirtschaft bleibt die Lockerung des Kredits; erleichterte Kreditgewährung wird das nächste Ziel der Regierung sein.

politische Notwendigkeit, sie ist der Ausdruck jener Kräfte, welche das demokratische Regime in der Tschechoslowakei aufrechterhalten wollen. Bei der Beurteilung dieses Budgets muß daher die Erhaltung der Demokratie als des gegenwärtigen Bodens für den Fortschritt der Arbeiterklasse der entscheidende Gesichtspunkt sein.

Die wichtigste Frage unserer Wirtschaft ist aber die Besserung unseres Außenhandels, weil von ihr die Produktionsmöglichkeiten unserer größten Industrien abhängen.

In handelspolitischer Beziehung müssen die Interessen der landwirtschaftlichen und der industriellen Produktion ausgeglichen werden, namentlich was die handelspolitischen Beziehungen, den Schutz des heimischen und die Unterstützung des Auslandsmarktes betrifft.

### Budget der eigentlichen Staatsverwaltung

Table with columns: Ausgaben, Einnahmen, 1933, 1934. Rows include: Präsident der Republik, Gesetzgebende Körperschaften, Ministerratpräsidium, etc.

1) Pauschalbetrag für die durchzuführenden Sparmaßnahmen im Personalsbudget der eigentlichen Staatsverwaltung. 2) Mehrertrag der staatlichen Unternehmungen infolge der Sparmaßnahmen in ihrem Personalsbudget.

Zum Schluß gedachte der Minister noch der schweren wirtschaftlichen Lage der Selbstverwaltungskörper und betonte, daß die Lösung dieses Problems zu den dringendsten Aufgaben der Regierung in der nächsten Zukunft gehöre.

Die Debatte über das Exposee des Finanzministers wird wie alljährlich erst zugleich mit der Budgetdebatte im Plenum, also erst nach den wochenlangen Ausschußberatungen, abgefaßt werden.

### Pensionsversicherungs-novelle

von der ministeriellen Kommission fertiggestellt

Prag, 6. November. Heute übergaben Minister a. D. Dr. Sotowech und Professor Doktor Schönbauer im Namen der Kommission für die Reform des Pensionsversicherungs-gesetzes dem Minister für soziale Fürsorge Dr. Czech persönlich den Antrag auf Novellierung des Pensionsversicherungs-gesetzes zugleich mit einem ausführlichen Motivienbericht.

Die Delegierten machten darauf aufmerksam, daß beide Anträge von der erwähnten Kommission, in der die Organisationen der Arbeitgeber wie der Arbeitnehmer vertreten waren, einhellig vereinbart worden sind, und verbodmetachten dem Fürsorgeminister den Wunsch dieser Kommission, daß die Anträge sobald wie möglich Gesetz werden sollen.

Minister Dr. Czech versprach, dem Wunsche der Kommission nachzukommen.

### Der Puppenpieler

Roman von Felix Fechenbach

„Darüber brauchst du dir keine grauen Haare wachsen lassen. Was ich mit umsonst Krieg, laß ich liegen. Die Geschäftskent können ja mit den kleinen Kesseln doch nur anfangen, da schenken sie sie schon her, wenn man schön drum bittet.“

dann die große Bude anschaffen. Was meinst, Anna?“

„No, wenn d' halt denkst, daß du's schaffen kannst. Zum Ausbauen könnt der Hans dann ja auch mithelfen. Nur der Petrus darf nit gar zu oft reagen lassen, sonst buttern wir wieder zu.“

Am andern Tag war das schönste Wetter. Man konnte also auf ein gutes Geschäft rechnen. Es war ein Sonnabend. Um drei Uhr ging mit dem Messertobel los. Unzählige Drechorgeln dudelten durcheinander.

Das Karussell war schon fest in Betrieb. Aufblende Kinder saßen auf den Pferden oder in einem Schiff, das während der Fahrt schaukelte, und waren voller Seligkeit.

binden eingetaucht, zwischen denen sich eine dicke Wanne hindurchschob, hinunter zum Kranen.

In dem großen Kasperltheater von Schmitt spielte bereits die Drechoral, und die ersten Kinder saßen schon auf den Bänken.

„Aber ich kann doch die Texte alle schon in- und anwendig.“

Während das Kasperlspiel die Kinder immer mehr fesselte und sie zu begeistertem Mitspielen hinriß, oblag Frau Anna ihrer recht profaischen, aber um so wichtigeren Pflicht des Einkassierens.

visierte er und spielte auf lokale Ereignisse an, die den Würzburger Kindern bekannt waren, so daß der Vater keine helle Freude daran hatte.

„Seid ihr alle da?“

„Hurraaa!“ Klang es von den Bänken, und der Kontakt zwischen Kasperl und den Kindern war hergestellt; August horchte auf die Latte, und das Vorspiel begann.

Während das Kasperlspiel die Kinder immer mehr fesselte und sie zu begeistertem Mitspielen hinriß, oblag Frau Anna ihrer recht profaischen, aber um so wichtigeren Pflicht des Einkassierens.

(Fortsetzung folgt.)

# Die wichtigsten Steuern und Abgaben

Die Einnahmensseite des Staatsbudgets zeigt folgende Konstitution:

	1934	1933
Ertrag der Staatsbetriebe	1.267,698.970	1.452,435.310
Steuern und Abgaben	3.847,084.900	4.273,617.000
Zölle	621,838.000	795,437.000
Stempel und Rechtsgebühren	1.207,400.000	1.254,200.000
Sonstige Verwaltungsabgaben (einschl. der Verzugszinsen ufw. des Kapitels 20)	687,818.120	858,480.750
<b>Gesamt</b>	<b>7.631,839.990</b>	<b>8.634,170.060</b>

Die übliche tabellarische Uebersicht über den Ertrag der Steuern und Abgaben fehlt leider im heutigen Motivenbericht. Wir führen daher aus der Einnahmensseite des Kapitels 20 (Finanzministerium) nur die wichtigsten öffentlichen Abgaben an. Wie alljährlich, werden auch heuer im Finanzgesetz für Zwecke der Selbstverwaltung, verschiedener Fonds, der Lehrergehälter, der Arbeitslosenfürsorge usw. aus der Einkommensteuer, der Umsatzsteuer und einer Reihe anderer Steuern und Abgaben Zuweisungen in der Höhe von rund 2750 Millionen vorgenommen, die in der Gruppe III des Budgets (Anteil der Selbstverwaltungskörper usw. an den staatlichen Steuern und Abgaben) ausgewiesen sind.

Im Kapitel 20 (Einnahmen des Finanzministeriums) werden die Steuern usw. nur nach Abzug dieser Zuweisungen ausgewiesen. Da den Steuerzahler sicher die Gesamthöhe der Steuern interessiert und nicht nur jener Teil, der nach Abzug aller Zuweisungen als Einnahmeposten im Kapitel Finanzministerium erscheint, veröffentlichen wir nachfolgend die ausgewiesenen Steuern und Abgaben in ihrer vollen Höhe. Eine eingehende Gliederung nach direkten sowie nach Konsum- und Handelssteuern behalten wir für später vor.

### Direkte Steuern:

	1934	1933
Einkommensteuer	1.095,000.000	1.044,000.000
Militärsteuer als Zuschlag zur Einkommensteuer (neu)	35,000.000	*)20,000.000
Allgem. Erwerbsteuer	70,000.000	70,000.000
Besondere Erwerbsteuer	78,000.000	80,000.000
Grundsteuer	103,894.200	111,001.900
Hauszinssteuer (zur Mängelüberweisung)	184,325.000	170,514.000
Rentensteuer	100,000.000	112,000.000
Landschaftsteuer	13,000.000	15,000.000
Steuer von höheren Dienstbezügen	6,000.000	6,000.000
Verzugszinsen von direkten Steuern	120,000.000	120,000.000

### Umsatzsteuer:

	1934	1933
Umsatz- u. Zugrußsteuer	2.234,946.000	2.448,546.000
Hierzu Verzugszinsen	34,400.000	34,400.000

### Zölle:

	1934	1933
Zölle, Zollgebühren und Verzugszinsen	663,000.000	830,500.000

### Konsumsteuern:

	1934	1933
Spiritussteuern	418,140.900	473,185.000
Beselesteuer	48,500.000	60,000.000
Juckersteuer	690,610.000	623,000.000
Mincersölsteuer	150,000.000	188,000.000
Südholzsteuer	60,500.000	83,500.000
Glühbirnensteuer	12,000.000	10,000.000
Schaumweinsteuer	2,500.000	3,600.000
Allgemeine Getränkesteuer:		
a) auf dem Lande	43,000.000	71,800.000
b) in den Städten	9,000.000	8,200.000
Biersteuer	453,600.000	456,994.000
Reichssteuer:		
a) auf dem Lande	93,300.000	102,000.000
b) in den Städten	24,000.000	24,000.000
Verkehrssteuer	22,200.000	22,000.000
Kohlensteuer	180,000.000	180,000.000

### Gebühren:

	1934	1933
Stempel, Rechtsgebühren und Taxen	1.180,700.000	1.220,700.000

### Eisenbahn-Verkehrssteuern:

	1934	1933
Nachkartensteuer	160,000.000	177,000.000
Transportsteuer (bis auf 3,000.000 zur Bedienung des Defizits den Bahnen zugewiesen)	340,012.900	403,000.000

	1934	1933
Gepäcksteuer	4,500.000	5,000.000
Fahrkartenabgabe	80,000.000	95,000.000
Verkehrssteuern von Motorfahrzeugen:		
Autobussteuer	30,000.000	30,000.000
Taxisteuer	10,000.000	10,000.000
Lufttransportsteuer	35,000.000	35,000.000

### Sonstige Abgaben:

	1934	1933
Steuer von Telefongebühren	30,400.000	32,700.000
Gebühren für Amtshandlungen	45,000.000	49,300.000

### Monopole:

	1934	1933
Salz	29,204.000	29,204.000
Züchstoffe	2,500.000	2,500.000
Sprenghölzer	9,000.000	12,000.000

\*) Als administrative Einnahme veranschlagt, aber nicht durchgeführt!

# Heines droht dem Gericht mit der SA!

## Bestellte Zeugen gegen die Bulgaren

Prag, 7. November. Daß in der heutigen Verhandlung der Fememörder Heines den Angeklagten Torgler, dessen persönliche Lauterkeit auch ihm bekannt sein muß, der türkischen Hehe beschuldigt und daß dieser Polizeipräsident, an dessen Händen Blut steht, die Manieren Torglers anständig findet, überrascht nach dem Samstagigen Erzech des Sabisten Goering keineswegs. Es ist auch nicht das Entscheidende des heutigen Prozeßtages.

Das hervorstechendste Merkmal ist die Tatsache, daß nach den „sicheren“ Belastungszeugen,

Berlin, 6. November. (Woff.) Als erster Zeuge erscheint auf der heutigen Zeugensitzung Polizeipräsident Heines-Breslau. Der Angeklagte Dimitrow ist für die heutige Sitzung noch ausgeschlossen.

Heines behauptet, am Tage des Reichstagsbrandes in einer Versammlung in Bleibitz gewesen zu sein und erklärt dann:

Ich fühle mich hier auch als Vertreter der SA, und deshalb will ich das eine sagen, daß die SA kaum mehr versteht — und das muß auch einmal gegenüber dem Auslande zum Ausdruck gebracht werden — mit welchem

welchen Prüßelzügen im Reichstag gekommen ist. Bei dem letzten Zusammenstoß am 6. Dezember hinter dem Präzidententisch bin ich hingerannt und habe versucht, eine Prüßelerei zu verhindern. Heines: Ihre Rolle war nicht so zurückhaltend. Sie war nach meiner Meinung absolut so.



## Der Bluthund vor dem Reichsgericht

Goering beschimpft in Heldenpose die wehrlosen Angeklagten.

gen, die man in der Gestalt nationalsozialistischer Abgeordneter gegen Torgler aufgeboden hat, die Belastungszeugen gegen die Bulgaren aufmarschieren. Leute, von denen sich herausstellt, daß sie seit Jahren Spitzel- und Denunziantenarbeit für die NSDAP leisten, bekunden, ebenfalls mit absoluter, jeden Zweifel ausschließender Sicherheit, in Popoff den Mann zu erkennen, der bei einem Kommunisten namens Kämpfer ein- und ausgegangen sei. Sie wissen genaue Einzelheiten über die kommunistischen Zusammenkünfte bei Kämpfer zu erzählen, so die groteske Tatsache, daß in geheimen Besprechungen die „Internationalen“ und andere kommunistische Kampfslieder gesungen worden seien. Man merkt den Aussagen der Frauen an, wie sie ihrer Abneigung gegen den mißliebigen Nachbarn Luft machen. Dessen Anwesenheit im Gerichtssaal wäre von entscheidender Bedeutung für das Schicksal des beschuldigten Bulgaren und für die Beurteilung der Zeugenaussagen; aber, siehe da, Kämpfer ist „flüchtig“ und der Hauptbelastungszeuge steht im Nachrichtendienst der SA! Die Zusammenhänge sind klar.

Auch jener Zeuge ist nicht uninteressant, der den Bulgaren, welcher kein Wort deutsch kann, in deutscher Sprache reden hörte.

Das Gericht, das sich am Samstag unter dem brutalen Kommando Goerings befunden hat, sieht sich heute nicht nur den strengen Ausfall des Fememörders Heines wegen der Langmut des Gerichtes gegenüber den Angeklagten und die offene Drohung mit dem Einschreiten der SA gefallen, sondern entschuldigte sich sogar bei ihm! Das Ausland, das der Fememörder durch die SA beschlenen will, mußte nicht mehr besetzt werden; man weiß, daß nicht nur die Heines und Goering's Schurken sind, sondern auch die Bünger und Genossen.

Langmut die Angeklagten hier behandelt werden.

## Bürger entschuldigt sich

Der Vorsitzende unterbricht den Zeugen und erklärt, daß dies nicht hierher gehöre. Der Prozeß ziehe sich im wesentlichen deshalb in die Länge, weil sehr viele Fragen gestellt werden. Es komme hinzu, daß die ganze Angelegenheit mit Ausgedehnt werde auf die Frage, inwieweit der Kommunismus überhaupt Schuld sei an derartigen Vorkommnissen. Das erfordere selbstverständlich weitgehende Erörterung. Wenn es sich nur um Van der Lubbe gehandelt hätte, wäre es schneller gegangen.

## Moralischer Fememord an Torgler

Heines: Es ist im Prozeß mehrmals gesagt worden, daß Torgler Konzipiant sei. Ich muß schon sagen, daß ich Torgler auch oft in anderer Weise kennen gelernt habe. Torgler ist der Sympiker, dem ich absolut die Teilnahme an dieser Brandstiftung ohne weiteres vertraue. Er hat wohl manchmal bessere Formen als andere Kommunisten, aber in Wirklichkeit war er immer der, der die Hehe anspornte. Wenn irgend etwas war, sah man Torgler immer, wie er die anderen vorwärtstrieb. Er war nicht derjenige, der geschrien hat, sondern der hinten stand und antrieb.

Vorsitzender: Sie haben als Polizeipräsident das Recht so etwas auszusagen, weil es auch zu ihrem Amtsbereich gehört. Also Sie nehmen auf Ihren Eid, daß Sie in dieser Zeit ständig in Bleibitz gewesen sind, und daß Sie am Gegenstand der Anklage nicht beteiligt sind?

Zeuge: Das kann ich unter meinem Eid sagen. Torgler wendet sich gegen die Bemerkung des Polizeipräsidenten Heines, er, Torgler, sei der Heher gewesen, und erklärt, gerade er habe zu wiederholten Malen verhindert, daß es zu irgend-

## Ermächtigungsgesetz bis Mitte 1934

Die politischen Minister empfehlen Verlängerung

Prag, 6. November. Amtlich wird gemeldet: In der Konferenz der politischen Minister wurde heute der Beschluß gefaßt, der Regierung zu empfehlen, sie solle der Nationalversammlung eine Novelle unterbreiten, derzufolge die Gültigkeit des Ermächtigungsgesetzes bis zum 30. Juni 1934 verlängert wird.

Die Novelle dürfte nach den getroffenen Dispositionen bereits in der Mittwochssitzung der Kammer, die für elf Uhr vormittags anberaumt ist, aufgelegt und ehestens in Behandlung gezogen werden, da das bisherige Ermächtigungsgesetz bereits am 15. November d. J. abläuft. Die Bestrebungen von bürgerlicher Seite nach zeitlich unbegrenzter Verlängerung des Ermächtigungsgesetzes scheinen nunmehr endgültig erledigt zu sein. Aus der amtlichen Fassung des Kommuniqués geht nicht deutlich hervor, ob auch sachliche Änderungen an dem Inhalt der Ermächtigung geplant sind.

daß Torgler mitten dabei war und keineswegs beschuldigt, sondern absolut bei denen war, die die Schlägerei inszeniert hatten.

Auf Fragen des Rechtsanwalts Dr. Leichert erklärt der Zeuge, er selbst habe mit Tanew nicht gesprochen, aber nach seinen Beobachtungen habe sich Tanew mit Krakeri geäußert deutsch unterhalten.

Dr. Leichert: Tanew versteht aber auch heute noch kein Wort deutsch. Der bulgarische Dolmetscher bestätigt das.

## „Schlagt die Fascisten, wo ihr sie trefft!“

Der Zeuge Krakeri war zehn Jahre lang Mitglied der KPD und als technischer Angestellter im Karl-Liebknecht-Haus und auch in der Nachrichtenabteilung beschäftigt. Er ist im Jahre 1931 aus der Partei ausgetreten wegen verschiedener Differenzen.

Torgler: Hatten Sie den Eindruck, daß es der Partei ernst war mit der Bekämpfung jeder terroristischen Einstellung?

Der Zeuge bejaht dies.

Torgler: Sind nicht organisatorische Maßnahmen gegen solche Personen oder Gruppen getroffen worden?

Der Zeuge bejaht dies.

Oberreichsanwalt: Sie sagten, die Partei habe sich wohl gegen solche Sachen gewandt, aber Unterorganisationen, wie die Rote Hilfe, hätten trotzdem Unterstützungen gewährt. Ist Ihnen bekannt, daß andere Unterorganisationen, wie der Rotfrontkämpferbund und die Selbstschutzborgorganisationen, nach wie vor auf Gewaltmaßnahmen hingearbeitet haben?

Zeuge: Das ist richtig.

Oberreichsanwalt: Ist Ihnen bekannt, daß die Parole „Schlagt die Fascisten“ im Rotfrontkämpferbund und in den Flugblättern der Parteiorganisationen immer wiederholt worden ist?

Zeuge: Mir ist bekannt, daß diese Parole von Ruth Fischer ausgegeben worden ist, die ausgeschlossen wurde.

## Er hörte Tanew deutsch sprechen

Als Belastungszeuge gegen Tanew wird dann der Kaufmann Bannert vernommen. Er bekundet, daß er früher Mitglied der KPD und bis zum November 1928 bei der Rote Hilfe tätig gewesen

# Das Budget der wichtigsten Staatsbetriebe

	1934	1933	K Ausgaben	Einnahmen	Investitionen	Gewinnabfuhr an die Staatskasse	Defizit
Tabakregie	1934		848,767.500	2,302,931.400	17,600.000	1,436,563.900	—
	1933		971,025.000	2,509,922.100	10,000.000	1,528,897.100	—
Staatslotterie	1934		100,490.100	121,187.300	10.000	20,687.200	—
	1933		100,534.200	121,216.100	15.000	20,666.800	—
Post, Telegraph, Telephon	1934		1,178,582.000	1,210,211.000	55,700.000	31,291.450	—
	1933		1,274,220.950	1,328,876.000	110,411.000	54,336.850	—
Postsparkasse	1934		103,982.000	120,656.000	2,000.000	16,674.000	—
	1933		104,789.000	116,445.000	4,200.000	11,656.000	—
Eisenbahnen	1934		4,055,476.500	3,236,254.500	222,000.000	—	819,222.000
	1933		4,229,760.800	3,738,954.600	282,000.000	—	490,806.200
Staatsgüter und Forste	1934		518,140.100	537,719.800	37,630.900	19,579.700	—
	1933		544,077.200	545,696.500	43,493.800	—	—
Staatliche Berg- und Hüttenwerke	1934		410,537.500	469,598.000	24,200.000	33,644.100	—
	1933		532,886.700	598,440.000	26,100.000	38,237.300	—
Gesamte Staatsbetriebe	1934		7,320,725.580	8,100,627.000	363,887.900	1,072,385.370	—
	1933		7,867,056.299	9,073,630.000	514,324.800	1,409,594.810	—
Abzüglich Personalsparmaßnahmen	1934		-163,600.000			-163,600.000	—
<b>Gesamt</b>	<b>1934</b>		<b>7,157,125.580</b>			<b>1,285,985.370</b>	

hierzu Ersparnisse im Personalsbudget 1934

70.000 streiken!

Philadelphia, 6. November. Die Arbeiter melben, haben über 70.000 Arbeiter der Anthrazitgruben Pennsylvania den Generalstreik beschlossen. Das amerikanische Arbeitsamt hat einen Unterhändler in das Streikgebiet entsandt.

sei und dort in der Zeit vom Oktober 1927 bis Oktober 1928 wiederholt Tanew gesehen habe. Der Angeklagte Tanew erhebt sich auf Anweisung des Vorsitzenden. Der Zeuge Bannert sieht ihn an und erklärt: „Natürlich, das ist derselbe Mann“.

Auf eine Frage des Vorsitzenden gibt der Zeuge Bannert an, daß er im Jahre 1924 vom Staatsgerichtshof wegen Beihilfe zum Hochverrat verurteilt worden sei. Es habe sich damals um ein Waffenlager gehandelt. Die Strafe sei aber durch die Amnestie gelöscht worden.

Das gute Gedächtnis der Nazidenunzianten

Als nächster Zeuge wird der Steuerberater Jung vernommen. Der Vorsitzende teilt ihm mit, daß zwei russische Zeuginnen befragt haben, Popow habe sich von Mitte Mai bis Ende Oktober in Rußland aufgehalten. Der Zeuge erklärt, er müsse dennoch bei seiner schon vor dem Untersuchungsrichter unter Eid gemachten Bekundung bleiben, daß er Popow mindestens 30- bis 40mal als Besucher der Wohnung des Kommunistenführers Kämpfer in der Jachliner Straße gesehen habe. Er selbst wohnte nämlich gegenüber von Kämpfer. Kämpfer sei immer die treibende Kraft bei den kommunistischen Zusammenrottungen im Norden Berlins gewesen, habe sich aber selbst bei solchen Zusammenhören im Hintergrund gehalten. Bei Kämpfer seien auch einmal zwei Kisten abgegeben worden, die nach ihrer Form und ihrem Gewicht darauf schließen ließen, daß sie Maschinengewehre enthielten. Der Zeuge habe bei der Gegenüberstellung mit den drei Begleitern sofort Popow als den Mann erkannt, der immer zu Kämpfer kam.

Der Angeklagte Popow erklärt, er betone nochmals, daß er 1932 in Moskau gelebt habe. Er fragt, ob dem Zeugen die Besuche bei Kämpfer verdächtig erschienen seien. — Der Zeuge bejaht und gibt an, keine Meldung erstattet zu haben, „weil er der Polizei damals nicht traute“.

Dr. Teichert: Kämpfer kommt doch noch als Zeuge?

Vorsitzender: Leider nicht, er ist nichtig geworden.

Zeuge: Seit heute ist auch meine Frau verschwunden.

Auf verschiedene Vorhalte bleibt der Zeuge dabei, daß es sich bei dem Besucher Kämpfers um Popow gehandelt habe. Ein Irrtum sei vollkommen ausgeschlossen.

Die Ehefrau des Zeugen Jung bestätigt dann als Zeugin im wesentlichen die von ihrem Mann gemachten Bekundungen.

Rechtsanwalt Teichert: Haben Sie Ihre Beobachtungen mit dem bloßen Auge gemacht?

Zeugin: Nein, mit dem Feldstecher.

Dr. Peilmann: Ihr Mann hat gesagt, daß er ihn im November wieder gesehen habe. Das Wiederaufsuchen Popows hätte wie eine Sensation gewirkt und wäre wie ein Lausener durch die Gegend gegangen. Da hätte es doch nahe gelegen, daß auch Sie davon erfahren hätten.

Zeugin Jung: Davon hat er mir nichts gesagt. Der Angeklagte Popow erklärt das Verschwinden der Familie Kämpfer sei sonderbar. Er bitte die beiden Geleute aussfindig zu machen.

Die nächste Zeugin Frau Büttner, ist die Schwester von Frau Jung und wohnt ebenfalls in der Jachlinerstraße der Kämpferschen Wohnung gegenüber. Sie gibt an, sie habe Popow im Sommer 1932 drei- oder viermal auf der Straße, aber auch durch die Fenster in der Kämpferschen Wohnung gesehen. Sie habe nach dem Bild und bei der Gegenüberstellung vor dem Untersuchungsrichter Popow bestimmt wieder erkannt. Eine Täuschung in der Person halte sie für ausgeschlossen.

Weitere Spitzelaussagen

Der nächste Zeuge, der Maschinenbauer Herrmann Müller bekennt ebenfalls, daß Popow bei Kämpfer mehrere Monate, vom Mai bis August oder September 1932, fast täglich verkehrt habe. Kämpfer habe er bei verschiedenen Demonstrationen gesehen, wie er von hinten die Leute anseuerte, gegen die Nationalsozialisten vorzugehen. In jener Zeit wurden fast täglich in jener Gegend die Laternen ausgedeckt, um die heimkehrenden Nationalsozialisten überfallen zu können. Der Zeuge erklärt mit aller Bestimmtheit, daß er auch heute Popow wieder erkenne.

Folgert die Tätigkeit Popows war Ihnen verdächtig erschienen. Weßhalb haben Sie das nicht der Polizei mitgeteilt?

Zeuge: Weil die Polizei damals so marxistisch verfuhr war, daß das keinen Wert hatte. Der Buchhalter Fritz Arendt gehörte ebenfalls zu den nationalsozialistisch organisierten Anwohnern der Jachlinerstraße. Auch er erklärt, er habe bei der Gegenüberstellung den Angeklagten Popow sofort als den Mann bezeichnet, der im vorigen Sommer im Hause des Kommunisten Kämpfer ein- und ausgegangen sei. Bei Kämpfer, so sagt der Zeuge weiter, hätten in jener Zeit bis nachts zwei Uhr Geheimversammlungen stattgefunden, in denen die Internationalen und andere Kampflieder gesungen worden sind.

„Es kann sein...“

Es folgen dann zwei Gegenzeugen, die von der Verteidigung geladen sind. Zunächst wird der Zeuge Vogel vernommen. Er erklärt, auch er habe

da u. a. einen Herrn gesehen, der dem Angeklagten Popow zum mindesten räumlich ähnlich sehe. Vorsitzender: Kann das Popow gewesen sein oder ist das ausgeschlossen?

Zeuge: Ausgeschlossen ist es nicht.

Als letzte Zeugin der heutigen Sitzung wird Fräulein Duappe aus Binna bei Jüterborg vernommen. Sie war im Juni 1932 beabsichtigt in Berlin und hat in der Junglerschen Wohnung an jenem Abend, als Frau Jung mit dem Feldstecher in die Kämpfersche Wohnung hinüberschaute, hinter Frau Jung gestanden. Die Zeugin sagt aus, in der

Kämpferschen Wohnung habe ein schlanker Mensch mit dunklem Haar und schmalen Gesicht an einer Maschine herum hantiert.

Vorsitzender: Kann der Mann, den Sie in der Wohnung an dem Apparat sahen, der Angeklagte Popow gewesen sein? Sehen Sie sich den Angeklagten einmal an.

Zeugin: Bekannt kommt er mir vor, aber genau kann ich es nicht sagen.

Vorsitzender: Kann er es gewesen sein?

Zeugin: Er kann es gewesen sein, ich kann es aber nicht genau sagen.

Die Spaltung vollzogen

Renaudel ausgeschlossen

Paris, 6. November. Der Nationalrat der sozialistischen Partei Frankreichs hat die Abgeordneten der neo-sozialistischen Gruppe, darunter Renaudel und Marquet mit 3046 gegen 863 Mandatsstimmen bei 101 Enthaltungen aus der Partei ausgeschlossen.

Außerdem wurden fünf Anhänger der Partei ausgeschlossen, die trotz dem Parteiverbot an dem Amsterdamer kommunistischen Antikriegskongreß teilgenommen hatten.

Gründung einer neuen Partei

Paris, 6. November. Gleich nach Verkündung des Beschlusses des Vorstandes der sozialistischen Partei über den Ausschluß der sieben Hauptführer der sozialistischen Partei traten Renaudel und seine Genossen zu einer Nachsitzung zusammen, in welcher der Grundstein zur neuen Partei gelegt wurde. Die neue Partei verfügt über 14 Deputierte und zwei Senatoren. Vorsitzender dürfte wahrscheinlich Deputierter Renaudel, Generalsekretär der Partei Deputierter Deat,

ein junger Professor und Absolvent der Hochschule für Heranbildung von Universitätsprofessoren, werden. Die Partei hat bisher noch keinen Beschluß bezüglich ihres Namens gefaßt, es scheint jedoch, daß die Bezeichnung „Sozialistische Volksfront“ gewählt werden wird. Die neue Partei wird im Laufe der Woche einen öffentlichen Aufruf an die Arbeiterschaft herausgeben. Die Partei hat beschlossen, eine sogenannte Taurès-Gruppe zu gründen, um so die Treue zu den sozialistischen Grundfragen öffentlich kundzugeben, die der große Führer der französischen sozialistischen Partei verkündete. Der Gründungskongreß der neuen Partei wurde für den 3. Dezember einberufen.

Wie die französischen Blätter annehmen, dürfte die Partei Renaudels nicht groß sein. In Rechtskreisen verweist man auf die ziemlich großen Unstimmigkeiten unter den Führern. Renaudel ist ein überzeugter Sozialist, Marquet ein Opportunist. Die neue Partei verfügt über das Blatt „La vis socialiste“ und über das Abendblatt „L'Appel“.

Schreckensurteile im Dresdner Prozeß

Über hundert Jahre Gefängnis, zehn Jahre Zuchthaus.

Zu Beginn des dritten Verhandlungstages, Freitag, den 3. November, wird nochmals in die Beweisaufnahme eingetreten, da nicht einmal das Gericht, das in einer sechsstündigen Nachsitzung bereits die Urteile vorbereitete, alle Fragen für geklärt erachten kann.

Für den Tag sind die Reden der Verteidiger vorgelesen. Es sind vier Rechtsanwältinnen, denen ein Teil der Angehörigen der Angeklagten die Verteidigung übertragen hatte und acht Referendare, die sich als Offizialverteidiger um die übrigen Angeklagten bemühen sollen. Sie haben vor dem faschistischen Sondergericht nur einen geringen Spielraum zu ihrem Verteidigungsauftrag. Alle Angeklagten haben unter dem Druck der M.-Inquisition, der sie bei der ersten Vernehmung ausgefesselt waren, irgendein Delikt, deren sie beschuldigt waren, zugeben müssen.

Die Verteidiger beschränken sich deshalb auf die Anführung allgemeiner Entschuldigungsgründe, wie lange Erwerbslosigkeit und Jugendlichkeit.

Am Samstag, den 4. November, wird die Sitzung des Gerichts mit zwei Stunden Verspätung eröffnet. Unter starker Aufmerksamkeit der Zuhörer verkündet der Vorsitzende die Urteilsprüche. Gleich die ersten drei Angeklagten, über die das Urteil gefällt wird, erhalten zwei Jahre Gefängnis. Während eine lange Reihe der Angeklagten

für Organisationszugehörigkeit oder Vertrieb von illegalen Zeitungen mit 1 Jahr 6 Monaten

verurteilt wird, bemächtigt sich der Zuhörer über die brutale Härte der Urteile eine steigende Erregung. Es ist für die Berichterstatter bei dem vom Gericht geübten Tempo — die ganze Verkündung der Urteile beansprucht nur reichlich eine Stunde — unmöglich, über die verhängten Urteile eine vollständige Zusammenfassung zu machen. In der Urteilsfindung hat sich das Gericht allerdings den überspitzten Gewaltdrohungen des Staatsanwaltes nach Verhängung der zulässigen Höchststrafen nicht angeschlossen. Es kommt aber trotzdem zur Verhängung von

Zuchthausstrafen für fünf der Angeklagten,

denen angeblich die Tätigkeit als Organisationsleiter nachgewiesen ist. Vier von ihnen werden mit je zwei Jahren Zuchthaus, einer mit einem Jahr 9 Monaten Zuchthaus verurteilt. Einem der Angeklagten, der im Frühjahr schon einige Zeit im Konzentrationslager Hoheneichen war, am 1. Mai entlassen worden war und seinerzeit eine Loyalitätserklärung abgegeben mußte, erhielt eine Strafe von vier Jahren Gefängnis, obwohl auch das Gericht keine Anhaltspunkte für ein schlimmeres Vergehen als bei den anderen nachweisen konnte. Mit bewundernswerter Tapferkeit und größter Fassung nehmen die Angeklagten auch die schwersten Urteile entgegen.

Obwohl der Vorsitzende sich immer bemüht, auch die einzelnen Paragraphen, gegen die sich die Angeklagten vergangen haben sollen, anzugeben läßt sich der von Anfang an unverkennbare Eindruck nicht verwischen, daß nicht nur

die untergeschobenen Vergehen für das Strafmaß maßgebend sind, sondern daß

Intelligenz und geistige Arbeit strafverschärfend

wirken. Es kommt dem Faschismus auf die Vernichtung der Person an und dem trägt das Gericht Rechnung. Einem Angeklagten, der bei der Vernehmung das vom Vorsitzenden vorgelesene erste Protokoll anzweifelte und die Unterschrift, die er gegeben haben soll, zu sehen verlangte — was der Vorsitzende nicht erfüllt, da er angeblich das Original nicht zur Hand habe —, wird die Untersuchungshaft wegen der Verteidigung seines Rechtes nur zu einem geringeren Teil angerechnet. In ähnlicher Weise erging es einem anderen Angeklagten. Eine vorläufige Zusammenrechnung ergibt eine Strafe von

mehr als hundert Jahren Gefängnis, 9 Jahren 9 Monaten Zuchthaus und nur geringer Anrechnung der Untersuchungshaft. Nur zwei Angeklagte werden freigesprochen.

Unter den anwesenden Zuhörern haben die Urteile sichtlich Eindruck hinterlassen. Die Mutter eines angeklagten jungen Arbeiters fällt bei Verkündung des für den jungen Menschen unerhörten harten Urteils von 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis für Organisationszugehörigkeit, Vertrieb illegaler Zeitungen, in Schreikämpfe und wird, während das Gericht die Verhandlung unterbrechen muß, von Polizisten herausgetragen.

Der Vorsitzende schließt die Urteilsverkündung unter weiteren Provokationen der Angeklagten mit den Feststellungen, daß es dem Gericht darauf angekommen sei, nicht nur Vergebungsurteile zu verhängen, sondern daß

die Urteile als Abschreckungsurteile wirken sollten.

Nach Abschluß des Prozesses wird mit größter Geschwindigkeit die Zuhörertribüne geräumt. Vor dem Landgericht stauen sich die Arbeiter in großer Menge. Die Polizei schafft mit einem starken Aufgebot Platz, kann aber nicht verhindern, daß es zwischen den verurteilten Arbeitern und dem wartenden Publikum — darunter Angehörige — zu lebhaften Grüßen und Winken kommt. Die Menge sieht mit starker Nahrung und offen bekundeten Mitleid dem Abtransport zu, während bei den Verurteilten wiederum das sichere Auftreten auffällt.

Wieder Massenverhaftungen in Dresden

Dresden, 6. November. Am Freitag, den 3. und Sonnabend, den 4. November, wurden in Dresden etwa 120 frühere Funktionäre der sozialdemokratischen Partei verhaftet. Darunter befinden sich auch eine Anzahl Genosseninnen. Die Verhaftungen dürften im Zusammenhang mit der für den 12. November anstehenden Wahl stehen. Um ein „einmütiges“ Votum zu erreichen, verstärken die Nationalsozialisten den Terror. Die neuen Massenverhaftungen sollen die antifaschistische Bevölkerung einschüchtern und sie abschrecken, gegen die Regierung zu stimmen.

Die Personalausgaben im Budget

erreichen heuer 50 Prozent aller Ausgaben

Im Budget der eigentlichen Staatsverwaltung waren die Personalausgaben ursprünglich mit 3.912.351.100 Ks präliminiert. Die Verhandlungen über eine entsprechende Herabsetzung der Personalausgaben haben zu dem Ergebnis geführt, daß auf eine im Detail erst noch zu regelnde Weise ein Betrag von 158.900.000 Ks eingespart werden soll, so daß die Personalausgaben einschließlich der Pensionen auf 3.753.451.100 (im Vorjahr 3.858.977.800) Ks sinken. Die Durchrechnung dieser Reduzierung in den einzelnen Ressorts konnte noch nicht durchgeführt werden, so daß im Budget nur die Endsumme in der oben erwähnten Art reduziert erscheint, während die Budgets der einzelnen Ressorts noch die ungekürzten Ziffern über den Personalauswand bringen.

Die Sachausgaben im Budget der eigentlichen Staatsverwaltung betragen 3.877.214.620 Ks gegenüber 4.773.559.970 Ks im Vorjahr; sie sind also um nicht weniger als 896.345.350 Ks, d. i. um 18,8 Prozent, gesenkt worden, während die Personalausgaben nur um 105.526.700 Ks, d. i. um nur 2,7 Prozent, herabgesetzt werden sollen.

Während im Vorjahr in der eigentlichen Staatsverwaltung die Personalausgaben 44,70 Prozent der Gesamtausgaben erreichten, sind sie heuer infolge der starken Kürzung in den Sachausgaben Prozentuell noch weiter hinaufgeschwollen und erreichen mit 49,19 Prozent fast die Hälfte der Gesamtausgaben.

Im Budget der Staatsbetriebe übersteigen heuer sogar die Personalausgaben die Sachausgaben; Prozentuell ist der Anteil der Personalausgaben von 48,94 auf 50,78 Prozent gestiegen.

Ursprünglich waren heuer für Personalausgaben 3.797.534.930 Ks vorgesehen, die nunmehr um 163.600.000 Ks auf 3.633.934.930 Ks gesenkt werden sollen.

Der Sachaufwand stellt sich auf 3.523.191.550 Ks. Er ist gegenüber dem Vorjahr (4.017.501.850 Ks) um 494.310.300 Ks, d. i. um 12,3 Prozent, gesenkt worden. Die Senkung des Personalauswandes gegenüber dem Vorjahr beträgt 215.620.410 Ks, d. i. 5,6 Prozent.

Insgesamt erreichen die Personalausgaben im Jahre 1934 (in der staatlichen Hoheitsverwaltung einschließlich der Staatsbetriebe) einen Betrag von 7.387.385.130 Ks, d. i. 49,96 Prozent.

Aus diesen Ziffern geht also hervor, daß das Budget in den Sachausgaben heuer neuerdings in schärfster Weise zusammengeknüpft wurde, während die Personalsparmaßnahmen in der eigentlichen Hoheitsverwaltung wie in den Staatsbetrieben sich in verhältnismäßig engen Grenzen bewegen.

„Die Sozialdemokratie in der Verteidigung“

Am Freitag, da gerade durch die ganze Presse die Nachricht von dem letzten gewaltigen Wohlerfolg der englischen Arbeiterpartei ging, veröffentlichte der „Teply-Zahnaner Anzeiger“ einen Leitartikel unter diesem Titel, worin auch behauptet wird, daß auch die englische Arbeiterpartei an „Zerplitterung“ leide. Den sozialistischen Parteien Spaniens und der Tschechoslowakei wird dagegen ein besseres Zeugnis ausgestellt; es heißt, sie litten unter „sinkender Bedeutungslosigkeit“, was wir gerne als wehr befähigen. Dieser Artikel, der überhaupt von „Bedeutungslosigkeit“ der Sozialdemokratie in der Tschechoslowakei zu sprechen wagt, stammt von der Pressestelle der DAWG, also von einem Grüppchen, dessen Bedeutungslosigkeit weder sinken noch steigen kann. Die deutschdemokratischen Zeitungen haben es leicht, auch der österreichischen Sozialdemokratie die sichere Vernichtung anzulassen, denn so etwas kann ihrer Partei wahrlich nicht mehr passieren. Darnach möge man ermessen, welchen Riß es uns gab, als wir folgende Stelle der betreffenden Stilübung lasen:

„Keine deutsche Partei würde den Sozialdemokraten beibringen, wenn es einmal so um deren Erlöszen gehen sollte, wie dies jetzt in Oesterreich der Fall ist.“

Das ist allerdings eine schlimme Voraussicht. Wir haben uns nämlich bisher fest darauf verlassen, daß Herr Dr. Wacker in solcher kritischer Stunde mit seinen letzten Betreuen auf die Varikade steigen und getreu der Parole der „Bohemia“ und des „Anzeiger“ handeln würden: „Hände weg von der Sozialdemokratie!“ Da wir nun positiv wissen, daß nicht einmal die Deutschdemokraten mit ihren Leitern die Sozialdemokratie vor Vernichtung zu schützen bereit sind, sehen wir mit Wangen in die Zukunft. Hoffentlich kommen uns die Redakteure des „Anzeigers“ wenigstens im Konzentrationslager besuchen.

bleibt noch zu vermerken, was die Pressestelle der DAWG über die Meinung der sozialdemokratischen Parteimitglieder erfahren hat, nämlich:

„Die Arbeiter wollen sich nicht mehr von arroganten Intellektuellen führen lassen.“

Demnach steht zu befürchten, daß sich die Arbeiter-Reputationen aus Deutschböhmen künftig nicht mehr an den „arroganten“ Dr. Czech wenden, sondern ihre Wünsche und Beschwerden direkt im Prager Kasino vorbringen. Bei der Korruption der deutschdemokratischen Intellektuellen und Unternehmer ist dieser Vorgang

außerordentlich naheliegend. Jedenfalls haben diese kleinen Kostproben dargelegt, daß sich die ...

Die Henlein-Front in Karlsbad

Der ist Rudolf Sandner? Den Karlsbadern ist großes Heil widerfahren. In den Mauern ihrer Stadt wurde die erste ...

Der Jungsturm-Prozess vor dem Obersten Gericht

Brünn, 6. November. Das Oberste Gericht in Brünn hat heute die Verhandlung über die ...

SA auf tschechoslowakischem Boden

Zwei reichsdeutsche SA-Männer verhaftet. Seit längerer Zeit wurde beobachtet, daß sich ...

Hochwasser in der Glowitz.

Drei Bezirke überschwemmt.

Raschau, 6. November. Infolge der starken Regengüsse und Wolkenschichten über dem ...

den Kozłoboc, Janłoboc und Lubis war gestern abends jede weder Zutritt unmöglich. In ...

Völkerbundkommissar gegen Danzigs Gleichschaltung

Berlin, 5. November. Das Wolff-Büro meldet aus Danzig: Der Danziger Senat hat das ...

Wie vom Wolff-Büro von zuständiger Seite mitgeteilt wird, hat der Danziger Senat in dem ...

Wie der Völkerbundkommissar dem Senat mitteilte, hat er die Petition und auch die ...

Balbo zurücktreten

Rom, 6. November. Der italienische Marineminister Admiral Siranni und der Luftfahrtminister ...

Agrarische Wirtschaftspolitik

Sie können aus der Sadgasse nicht heraus.

In der Sonntagnummer des „Venkov“ findet sich eine Aufschrift an das Blatt aus parlamentarischen Kreisen, in der festgestellt wird, daß ...

Die Agrarier, die mit ihrer Wirtschaftspolitik vollkommen in die Sadgasse geraten sind, scheinen ...

Tagesneuigkeiten

Noch eine Verhaftung in der Pilsner (pi nageaffäre.

Pilsen, 6. November. Die Pilsener Polizei verhaftete gestern den 34-jährigen ehemaligen technischen Beamten ...

Einige wurde in die Haft des Kreisgerichtes in Pilsen eingeliefert.

Neuer Farmerstreik in USA.

Des Moines (Iowa), 6. November. (Reuter.) Der Widerstand des Präsidenten Roosevelt gegen die ...

Sechs Todesopfer eines Flugzeugunglücks.

Shrewsbury (New Jersey), 6. November. Bei einem Flugzeugunglück fanden Sonntag sechs Menschen den Tod. Ein ...

Das Frack der „Dixmuiden“ gefunden

Palermo, 6. November. Das vor mehreren Jahren bei einem schweren Unwetter abgestürzte ...

Das Luftschiff „Dixmuiden“ war auf Grund des Versailler Vertrags von Deutschland an Frankreich ausgeliefert worden. ...

Ziehung der Klassenlotterie

- 30.000 Ké: 25.039, 20.000 Ké: 49.133, 91.609, 10.000 Ké: 29.003, 32.716, 80.300, 96.310, 103.609, ...

Die internationale Konföderation der geistigen Arbeiter (I.G.T.) hielt vom 3. bis 5. November in Genf ihre ...

Aus der Arbeiter-Turn- und Sportbewegung.

Staatlicher Eislaufkurs.

An alle Bezirke und Vereine des ATUS. In der Zeit vom 11. bis 16. Dezember findet in Prag ein staatlicher Kurs für Eislaufen statt. ...

Lastzug gegen Fuhrwerk. Der aus Belgrad nach Risch fahrende Lastzug stieß bei der Ueberfahrt in der Nähe der Station Markvace mit einem Panzerwagen zusammen. ...

Glück im Unglück. Aus Tgfan wird uns geschrieben: Bei Reparatur des Daches des altägyptischen Unteren Tempels ...

Doppelt tragischer Tod. Der Postunterbeamte F. Malý aus Pardubitz wurde beim Verschicken einer ...

Sinken der Arbeitslosigkeit in USA. Den Mitteilungen der amerikanischen Arbeitsämter zufolge ist im Monat Oktober die industrielle ...

Verschüttet. In einer Sandgrube bei Kfenovice bei Slavkov wurde beim Sandgraben die 33-jährige Marie Homolova aus ...

Wahrscheinliches Wetter heute: Wechselnd bewölkt, in den Niederungen vielfach neblig oder ...

Neuordnung der Schulferien.

Das Schulministerium bereitet, wie tschechische Blätter melden, eine Neuordnung der Schulferien vor. ...

Vom Rundfunk Der Schulfunk.

Deutsche Schulfunkprogramme: Am 11. November 1933, ab 10.10 Uhr: Zum Weltfriedenstag: ...

Der Schulfunk in den Landschulen.

Unter den deutschen Schulen, welche den Schulfunk hören, gibt es 259 einstufige, 198 zweistufige, 121 dreistufige ...

Empfehlenswertes aus den Programmen.

Dienstag: Prag 10.10: Deutscher Schulfunk, 12.10: Schallplatten, 16: Nachmittagskonzert, 16.30: Jugendrede, 18.30: Deutsche Sendung ...

### Ein Turbogenerator explodiert.

Zwei verletzte Arbeiter.

Stettin, 6. November. Im Stettiner Großkraftwerk an der Aldammer Straße explodiert der große 32.000-Kilowatt-Turbogenerator und wurde vollständig zerstört. Ein Elektromonteur wurde schwer, ein Obermaschinenist leicht verletzt. Zentnerschwere Maschinenteile durchschlugen Zellen und Mauern des Generatorenhauses. Der Schaden wird auf eine halbe Million Mark geschätzt.

### Zwei Kinder verbrennen.

Die Mutter rettet das Jüngste aus den Flammen.

Banja Luka, 6. November. Im Dorfe Golubac unweit Bihac ereignete sich ein schweres Unglück. Ein Bauernhaus, in welchem sich nur drei Kinder im Alter von vier und drei Jahren beziehungsweise zehn Monaten befanden hatten, geriet in Brand. Als die Nachbarn zur Hilfe eilen konnten, stand das Gebäude schon in Flammen. Trotzdem gelang es der Mutter, die sich verzweifelt ins Feuer stürzte, das kleinste Kind, das schon schwere Brandwunden erlitten hatte, noch lebend aus dem Hause zu retten. Dem Beispiele der Mutter folgend, stürzte auch die siebzehnjährige Großmutter und ein Nachbar in das brennende Haus, konnten jedoch die beiden Kinder vom Feuertode nicht retten.

Eine Fußballmannschaft verunglückt. Eine Fußballmannschaft, die in Wuppertal-Barmen gespielt hatte, verunglückte in der Nacht zum Sonntag mit einem Lastkraftwagen in der Nähe von Recklinghausen. Der Lastwagen fuhr eine Böschung hinab und überschlug sich mehreremale. 18 Personen wurden verletzt.

Ein übereifriger Student. Vor wenigen Tagen wurde in der Londoner City ein Mann namens John Martin verhaftet. Er hatte sich zu nächstlicher Zeit durch die menschenleeren Straßen des Bankenviertels geschlichen, in der einen Hand eine Reisetasche, in der anderen Hand eine Aktenmappe und auf dem Rücken einen Koffer. Man sah ihm an, daß er an seiner Last schwer zu tragen hatte, und sein vorsichtiger Gang und sein häufiges Umsehen ließen den Verdacht aufkommen, daß die Gegenstände, die er bei sich trug, Diebstahl seien. Er wurde zur Wache geschleppt und residiert, wobei sich herausstellte, daß er nur Pfastersteine im Koffer und in den Taschen trug. Im Protokoll gab er an, daß er Student der Psychologie sei und aus eigener Erfahrung das Gefühl kennenlerne wollte, das ein Dieb beim ertappt werden hat. Er bedauerte, wohl doch nicht ganz dasselbe gespürt zu haben, wie ein richtiger Verbrecher.

Vlaue Bananen. Die Welt ist ungenügsam. Raum, daß der höhere Nährwert der schönen, goldgelben Früchte des Bananenbaums erkannt wurde, ist man datangegangen, möglichst große Bananen zu züchten. Aber die Fruchtzüchtung braucht neue, erregende Variationen, und so ist man, wie von der Londoner Obstausstellung berichtet wird, auf die Idee verfallen, eine neue Bananenform hervorzubringen, deren Frucht noch süßer sein soll als alle bekannnten Sorten, und deren Farbe türkisblau ist. Diese Farbversuche galten zuerst einer Apfelsorte. Die Äpfel hatten sie als unzuverlässig abgelehnt und überließen den Bananen das türkisblaue Feld.

Erziehung mit Pestbazillen. In der neuesten Nummer der „Deutschen Schule“, dem Organ des deutschen Lehrervereins, befindet sich ein Aufsatz Professor Vansees, der den Krieg gegen Frankreich mit verärgerten Motten, Flöhen und Pestbazillen empfiehlt. So werden die deutschen Jugendzähler von demselben Volkverderber verhebt, dessen Vücher man scheinbar verbietet. Vanse ist von Dillers Robheit und umgekehrt.

Liebestragödie. In einer Parierwohnung in der Grimmestraße in Berlin fand Sonntag die Polizei die Leiche einer 17jährigen tschechoslowakischen Staatsangehörigen, der Witwe Elisabeth Wach, die erwuigt wurde. Aus der fortgeschrittenen Verwesung der Leiche ist zu schließen, daß der Mord bereits vor einigen Tagen verübt wurde. Als Täter kommt der 19jährige arbeitstote tschechoslowakische Staatsangehörige Josef Pfoh (?) in Betracht, der in der Nähe tot aufgefunden wurde. Er verübte wahrscheinlich durch Gasvergiftung Selbstmord. Pfoh wurde nach am Freitag in einem Gasthaus gefehen, so daß er wahrscheinlich erst am Samstag den Selbstmord verübt hat. Es wurde ein an den Vater des Ermordeten adressierter Brief gefunden, in welchem die Absicht des gemeinsamen Todes bekanntgegeben wird.

Hingerichtet. In Schneidemühl (Westpreußen) wurde der Maurer Wlasek aus Schwente, Kreis Ratow, gestern früh hingerichtet, weil er im Februar d. J. sich an einem 16jährigen Mädchen vergangen und sie ermordet hatte.

### Der beste Erzieher ist die Gemeinschaft.

Man glaube doch nicht, daß ein einzelner Mensch, und hätte er die besten Eigenschaften, sozialistisch erziehen könne. Das kann immer nur die Gemeinschaft. Sie ist die stärkste zwingende Kraft. Wie wenig bedeutet gegen sie der einzelne kleine Erzieher! Wie leicht wirkt ein Mensch trotz bester Absichten in gewissen, ihm

eigen eigentümlichen Eigenschaften schlecht, oft lächerlich, ja manchmal abstoßend. Gerade wir, die wir sozialistisch bilden wollen, müssen des Treibende dazu niemals in uns allein suchen. Die Gemeinschaft ist größer, herrlicher und stärker als der größte, herrlichste und stärkste Einzelmensch. Wir müssen selbst vor ihr Demut empfinden können, wenn wir die Gemeinschaft überhaupt lebendig machen wollen. Und der sozialistische Erzieher hat keine andere Aufgabe als die, die Gemeinschaft wirksam machen. Das wird er am besten dann zuwege bringen, wenn er sich selbst unter die Befehle der Gemeinschaft stellt. Dabei gibt sich der Erzieher keineswegs auf. Er wird im Gegenteil erst wirklich wirksam, wenn er erst dann, wenn er die ihm auf Grund aufsehender Verhältnisse gegebene Machstellung verläßt, kann er das Vertrauen seiner jun-

gen Freunde gewinnen. Kein Mißtrauen ist berechtigter, als das der Kinder gegen die Erwachsenen, es entspringt dem uralten Gegensatz zwischen jung und alt. Und die Erwachsenen tragen in der Regel ihr redlich Teil dazu bei, dieses Mißtrauen zu nähren. Wer es zustande bringt, den Kindern zu zeigen, daß er an sich selbst arbeitet, das heißt, sich selbst erzieht, beweist seinen Kindern damit am stärksten, daß Erziehung notwendig ist und bringt sie damit mehr als mit irgendeinem pädagogischen Mittel dazu, an ihre eigene Erziehung zu denken. Wer als sozialistischer Erzieher die Kritik seiner Zöglinge nicht zu fürchten hat, wer seinen jungen Freunden durch sein Leben beweist, daß er die beste Absicht hat, selbst Sozialist zu sein oder zu werden, der kann sicher sein, in der stärksten Weise sozialistisch zu erziehen.

## Bittere Zuckerpolitik.

Am sonntägigen „Cesta Zlavo“ beschäftigt sich der Volkswirtschaftler Doktor Hejda eingehend mit dem Problem der tschechoslowakischen Zuckereindustrie. Dem Plan, welchen die Industriellen vorgelegt haben, stellt er einen anderen Ausweg aus der Krise entgegen, der sich sachlich mit dem deckt, was wir bei früheren Gelegenheiten bereits als Lösung dieser Frage bezeichnet haben. An dem Artikel heißt es:

Taktische Fähigkeit muß der Zuckerindustrie zugestanden werden. In demselben Augenblick, in dem über die Herabsetzung der Zuckerpreise verhandelt werden soll, kommt sie mit einem umfangreichen Plan, dessen Vollkommenheit auf den ersten Blick fehlerlos ist. Es wird die Reduktion des Weizenanbaues ungefähr um 100.000 Hektar beantragt und diese Fläche soll zum Anbau von Zuckerrübe verwendet werden, die zum Teil zu Zucker für den Export des unaustraglichsten Exportkontingentes nach dem Chaddourne-Plan, zum Teil zu Spiritus verarbeitet werden soll. Der Spiritus würde mit Benzin zu Antreibstoff im Verhältnis von 50:50 gemischt werden. Die Logik dieses Planes ist die folgende: Die Herabsetzung des Weizenanbaues ermöglicht die Einfuhr von Weizen aus den Staaten der Kleinen Entente und dadurch den Kompensationsexport von Industrieprodukten, die Zahlungsbilanz wird jedoch durch den Zuckereport und den beschränkten Import von Mineralölen verbessert. Grundbedingung ist der unveränderte Zuckerpreis in der Tschechoslowakei, das sind 6 Ks für ein Kilo im Detail. Auf den ersten Blick ein vollendeter Plan.

Auf den ersten Blick allerdings. Wenn wir jedoch genauer nachforschen und uns auf den Standpunkt der Volkswirtschaft, nicht auf den Standpunkt der Interessenten stellen, kann unsere Stellung nicht anders als absolut ablehnend sein. Bei näherer Analyse zerfallen nämlich alle versprochenen Vorteile oder sie verwandeln sich gar in bedenkliche Nachteile. Auf den ersten Blick hin ist es sicher auch den Vätern klar, daß es nicht logisch ist, die gegenseitigen Beziehungen der Kleinen Entente durch Erweiterung der Weizenimportmöglichkeiten zu unterstützen und gleichzeitig die Einfuhr von Mineralöl zu bremsen. Solch unlogische Dinge finden wir aber bald mehr. Es ist nur notwendig sich eine Tatsache klar vor Augen zu führen: Im Inland kostet ein Meterzentner Zucker 600 Ks (Großhandelspreis 550 Ks) und die ganze Zuckerpolitik ist auf diesem hohen Zuckerpreis aufgebaut. Dieser Preis ist Ausgangspunkt für alle Nationalitäten, dabei wird aber überhaupt nicht berücksichtigt, was er für das gesamte National Einkommen bedeutet.

### Auf unseren Zucker wartet niemand in der Welt.

Unserer Zuckerindustrie wurde es bis zum heutigen Tage nicht klar, daß ihre Zeit längst vergangen ist; ihre Politik ist auf die „Erhaltung der Märkte“ gerichtet, als ob es bei der heutigen Krise nur um etwas Vorübergehendes ginge. Das ist ein tragischer Irrtum. Die Statistik beweist uns

das ganz klar: Während in der Kampagne 1913/14 die gesamte Weltproduktion von Rübenzucker 9.015.000 Tonnen betrug und die Produktion von Rohrzucker nur um 2 Millionen Tonnen höher war, d. i. 11.111.000 Tonnen, sank in der Kampagne 1932/33 die Produktion von Rübenzucker auf 8.026.000 Tonnen, während die Produktion von Rohrzucker auf 18.233.000 Tonnen stieg. Das ist begreiflich: Bei uns, wo sicher von allen Rübenländern am rationellsten gearbeitet wird, erzeugen wir aus einem Hektar 49 Meterzentner Zucker, während auf Java aus demselben Hektar 181 Meterzentner, oder viermal so viel wie bei uns, erzeugt werden.

Dr. Hejda weist dann darauf hin, daß auch in anderen europäischen Ländern eine eigene Zuckerindustrie entstanden ist und sagt: Vor dem Kriege betrug die Weltzuckerproduktion 20 Millionen Tonnen, in der Kampagne 1930/31 vor dem Chaddourne-Plan 29,6 Millionen Tonnen. An diesem ungeheuren Quantum partizipiert die Tschechoslowakei mit einem ganz kleinen Bruchteil: In der Kampagne 1925/26 produzierte sie 1.510.000 Tonnen, in der vergangenen Kampagne 620.000 Tonnen Zucker. Erwägen wir diese Ziffern, muß es uns klar sein, daß auf unseren Zucker niemand angewiesen ist und ihn auch niemand, weder heute noch fünf Jahren, kaufen wird, es sei denn, daß wir ihn ebenso tief unter dem Preise geben werden, wie wir es heute tun. Die Zuckerindustrie der ganzen Welt ist uns über den Kopf gewachsen.

### Geschenke an das Ausland.

Bei diesem Stand der Dinge bedeutet jedoch das Zucker-Dumping einen Verlust an Nationalvermögen, ein Opfer, welches vollkommen vergeblich ist. Wir werfen jährlich einige hundert Millionen über die Grenzen, nur weil wir uns die wahre Lage der Dinge nicht vor Augen halten.

Bei einem Export von 234 Millionen Meterzentner Raffinade in der Kampagne 1932/33 wurden — wie nachgewiesen wird — aus den Taschen der Konsumenten rund 324,5 Millionen Ks gezahlt. Das ist ein Geschenk, welches wir jenen geben, die jenseits der Grenzen sich bereit finden, unseren Zucker zu kaufen.

Wenn dieser Betrag zu Hause angebracht worden wäre, hätte er eine Erhöhung der Produktion von Textilien, Holz, Lebensmitteln bedeuten können; kurz gesagt, der auf der einen Seite freigeordnete Betrag wäre auf einer anderen zum Ausdruck gekommen. Damit sind die Verluste aber noch bei weitem nicht erschöpft. Wenn in unserer Handelsbilanz 211 Millionen Ks als Einnahme aus dem Zuckereport erscheinen, so erscheint diese ganze Bilanz verzerrt, weil diese 211 Millionen kein Minimum, sondern ein Maximum sind. Damit können wir bei handelspolitischen Verhandlungen nicht operieren und — obwohl es ein Verlust ist — muß er unter den heutigen Verhältnissen noch durch Kompensationen erhöht werden; denn wenn wir Zucker ausführen, verlangen unsere handelspolitischen Partner, daß wir für den Export Waren von ihnen einführen. Nicht nur, daß wir für jeden Zentner Zucker, den sie von uns abnehmen 138 Ks zu-

zahlen, müssen wir von ihnen noch Waren im Gegenwerte von wenigstens 90 Ks abnehmen.

Es ist angeblich vorteilhafter, Rübe statt Weizen anzubauen, bzw. den teuren Zucker zu verkaufen und billigen Weizen von den Kleinen Entente-Partnern zu beziehen. Wie? Auf einem Hektar Boden erhalten wir entweder 260 Meterzentner Rübe oder 25 Meterzentner Weizen. Für den Weizen erhält der Landwirt bei einem Preise von 130 Ks 3250 Ks, für die Rübe bei einem Preise von 10,50 Ks 2730 Ks. Aus 200 Meterzentner Rübe werden 49 Meterzentner Zucker erzeugt, bei der Ausfuhr zum Preise von 90 Ks erhalten wir 4410 Ks, aber da wir für jeden Meterzentner 138 Ks, bei 49 Meterzentnern Zucker also 6796 Ks bezahlen, bedeutet der Export einen Verlust in der Gesamthöhe von 2387 Ks. Für den Verlust können wir nichts einführen — aber wir werden gezwungen, doch für 4410 Ks, also für den Betrag, der uns bei der Ausfuhr zugute kommt, einzuführen. Bei einem Preise von 50 Ks für einen Meterzentner Weizen müssen wir also 88 Meterzentner Weizen einführen. Der Konsument, der durch seine 6 Ks für ein Kilo Zucker dieses Verlustgeschäft ermöglicht hat, gewinnt aber nichts, weil er für den Weizen nicht 50 Ks zahlt, sondern den Inlandspreis, d. i. 130 Ks. Mit Verlust werden wir also Weizen einführen und um die Kleine Entente zu unterstützen, werden wir die Einfuhr von Mineralöl aus Rumänien bremsen, weil wir Benzin mit Spiritus zu 50 Prozent mischen werden.

Die Folgen dieser Maßnahmen werden, wie der Artikel ausführt, eine schwere Schädigung des Motortransportes und damit der staatlichen Sicherheit sein, da der Staat im Ernstfall darauf angewiesen ist, die privaten Motorfahrzeuge zu requirieren.

### Der Ausweg.

Aus diesen Tatsachen zieht Dr. Hejda folgende Schlüsse:

Anpassung an die Verhältnisse bedeutet die Einschränkung des Exportes auf Märkte, die wir vielleicht werden erhalten können — es sind verschwindend wenig — und eine hartere Berücksichtigung des Inlandsbedarfes. Das bedeutet Reduktion. Aber schließlich wird nicht nur die Zuckerindustrie von dieser Krise betroffen werden und wenn sie reduziert wird, so kann es ihr ein Trost sein, daß die Textilindustrie in einer noch weit ärgeren Situation ist.

Wenn die Zuckerfabriken mit dem Preis um 80 Ks für 100 Kilo, also von 356 auf 276 Ks, heruntersinken würden, könnte der Zwischenhandel und der Staat weitere 20 Ks wämen und der Zuckerpreis läme im Detail auf 5 Ks für ein Kilo. Beim heutigen unveränderten Bedarf würde der Inlandsverbrauch 892 Millionen Ks einbringen. Die Erhöhung um nur 2,6 Kilo pro Kopf würde weitere 140 Millionen Ks betragen, zusammen also 1006,7 Millionen Ks, während die Industrie heute (wenn wir den Verlust von 324 Millionen aus dem Export abziehen) zusammen 1034 Millionen Ks für den Inlandsbedarf und die Ausfuhr von Raffinade und Rohstoff erhält. Der ganze Unterschied beträgt also 28 Millionen. In Wirklichkeit wäre er geringer, weil die Preise des Exportzuckers niedriger sind, als wir sie hier vorausgesetzt haben. Bedenken wir aber, was die Herabsetzung des Zuckerpreises bedeuten würde.

Auch bei erhöhtem Konsum würde der Teil des Nationaleinkommens, welchen wir heute verlieren, — beim heutigen Stand 124 Millionen Ks — frei werden, ebenso das Exportkontingent, welches heute durch den Verlustport von Zucker mit Beschlag belegt ist, und für die Zuckerindustriellen läme auch bei niedrigerem Preise derselbe Betrag heraus.

Dabei, sagt Dr. Hejda, wird wir jene Konsumsteigerung angenommen, welche die Zuckerindustrie selbst für möglich hält. Die Annäherung an die Verhältnisse in Oesterreich würde schon einen Anstieg um 33 Kilo pro Kopf bedeuten. Es ist interessant, daß unsere Zuckerindustrie eine großzügige Propaganda auf dem Inlandsmarkt überhaupt nicht versucht hat. Unsere Industrie ist nicht genug elastisch, um sich umorientieren zu können. Sie ist im Gegenteil bereit, wie ihr neuer Plan bezeugt, noch mehr vom Volkvermögen zu opfern, um längst verlorene Positionen zu halten.

### Spu! in der Wilhelmstraße.

Komödie in einem Aufzuge.

Von Viator.

Personen: Der japanische Botschafter Raga; der deutsche Außenminister von Neurath; ein Kammerdiener.

Kammerdiener: Seine Excellenz, der Herr japanische Botschafter!

v. Neurath (steife vor sich her schimpfend): Dieser gelbe Affe! Hat uns gerade noch gefehlt! Von allen Seiten Ohrfeigen und Prozeß! Die verfluchte SA! (Zant) Ich lasse bitten!

Raga: Excellenz! Sie haben die Vorstellungen meiner Regierung erhalten. Sie wissen, wie glücklich wir sind, in Ihrer Regierung eine Macht zu bewundern, die völlig im Sinne unserer erhabenen monarchistischen Tradition den giftigen Tränen des marxistischen Aufwuhrs niederzutreten hat und den Sinn des deutschen Volkes auf die Vollendung seiner nationalen Mission, auf die militärische Erleichterung und Aufrüstung . . .

v. Neurath (nervös): Ach weiß, ich weiß, steht ja in Ihrer Rede. Wo noch die Wiederholungen? Machen wir's doch kurz! Ich kann

Raga: Ja gewiß, Excellenz . . . Ich meine nur . . . Also Hauptidee ist ja, daß das deutsche Volk unter der glorreichen Führung Ihrer Regierung wieder ein Volk in Waffen . . .

v. Neurath: Verzeihung, Excellenz, nicht in Waffen, wir treiben nur Sport. Unsere SA . . .

Raga: O, Ihre SA! Wie glücklich wären wir, hätten wir eine ähnliche prachtvoll disziplinierte und ausgerüstete Truppe . . .

v. Neurath (scharf): Sie sind falsch informiert, Excellenz, die SA ist keine militärische Truppe, sondern ein loser Verein, wie etwa die Feuerwehr!

Raga (entsetzt): Ja, gewiß, Berufsverband . . . Immerhin . . . (euergerlicher werdend) Sie ist etwas vielseitig in ihrer Berufbarkeit, Ihre SA. Unsere Leute beklagen sich. Sie werden angefallen, belästigt, mißhandelt. Überall heißt es: „Gelber Affe! Fort nach Asien!“ Selbst in den Schulen werden unsere Kinder beschimpft und verhöhnt. Furchtbare Schetragödien spielen sich ab. Der Krierparagrah wird auch auf uns angewendet. Alles als Folge der Herabsetzung der gelben Rasse, gegen die meine erhabene Regierung grundsätzlich Einspruch erhebt.

Ihnen im Namen meiner Regierung die offizielle Versicherung abgeben, daß der japanischen Rasse grundsätzlich die Gleichwertigkeit mit der nordisch-germanischen zugesprochen worden ist. Neue rassethoretische Untersuchungen . . .

Raga: So, so, Untersuchungen . . .

v. Neurath: Na ja, wie man's halt nennt. Ich bin kein Bücherwurm, kein Panzer, kann mich nicht um Theorien kümmern. Aber wir haben da so einen famosen Kerl, den Doktor von Leers . . .

Raga: Doch nicht denselben, dessen Broschüre „Juden sehen Dich an!“ . . .

v. Neurath: Ja, gerade den. Noch meinem Geschmach ist ja keine Broschüre nicht, zu viel Gasfen, Mord usw. Aber er ist nun mal unser Hochmann in . . . sagen wir . . . Blutproben und Blutuntersuchungen. Und nun hat dieser Doktor festgestellt, daß es eigentlich gar keine asiatische Rasse gibt, sondern daß der Rassewert eines jeden Volkes von dem arischen Einfluß lag, den es besitzt, abhängig ist. Und da dieser Einfluß bei den Japanern auffallend hoch ist, so ist klar, daß der Krierparagrah Ihren Leuten gegenüber keine Anwendung mehr findet.

**Donnerstag, den 9. November, um halb 8 Uhr abends findet im großen Saale des Volkshauses in Prag, Hybernsta eine gemeinsame Kundgebung der tschechoslowakischen und deutschen Sozialdemokratie statt:**

**Tagesordnung:**

**Gegen die faschistische Reaktion, für demokratischen Fortschritt, für den internationalen Sozialismus!**

**Sprechen werden: Senatspräsident Dr. František Soukup und Landesvertreter Dr. Emil Strauß.**

**Die 88**

**„Ihnen Herr Reichskanzler, das Gelübnis treuester Gefolgshaft“  
Von A bis Z**

88 deutsche Schriftsteller haben durch ihre Unterschrift Adolf Hitler das folgende Treuegelübnis abgelegt:

„Friede, Arbeit, Ehre und Freiheit sind die heiligsten Güter jeder Nation um die Voraussetzung eines aufrichtigen Zusammenlebens der Völker untereinander. Das Bewußtsein der Kraft und der wiedererwonnenen Einheit, unser aufrichtiger Wille dem innern und äußeren Frieden vorbehaltlos zu dienen, die tiefe Überzeugung von unsern Aufgaben zum Wiederaufbau des Reiches und unsere Entschlossenheit, nichts zu tun, was nicht mit unserer und des Vaterlandes Ehre vereinbar ist, veranlassen uns, in dieser ersten Stunde vor Ihnen, Herr Reichskanzler, das Gelübnis treuester Gefolgshaft feierlich abzugeben.“

Friedrich Arenhövel, Gottfried Benn, Werner Fenmelburg, Rudolf G. Binding, Walther Bloem, Max Carl Böcher, Hans Fr. Blund, Rudolf Brandt, Arnold Bronnen, Otto Bräus, Alfred Brust, Carl Buske, Hermann Claudius, Hans Martin, Cremer, Wiers, Peter Dörfler, Max Dreger, Franz Dillberg, Ferdinand Eckardt, Richard Eringer, Ludwig Fink, Hans Franz, Otto Flake, Heinrich von Gleichen, von Gleichen-Ruzwurm, Gustav Graessner, Friedrich Griese, Max Grube, Johannes Günther, Max Halbe, Ilse Hamel, Agnes Harder, Carl Haensel, Hans Ludwig Held, Karl Heintz, Friedrich W. Herzog, Rudolf Herzog, Hans von Hülsen, Paul Oskar Höder, Rudolf Huch, Bruno W. Jahn, Hanns Joffst, Max Jungnickel, Hans Kundsen, Ruth Köhler-Jergang, Gustav Kohnke, Karl Lange, Johann von Leers, Heinrich Lillenstein, Heinrich Lersch, Otto Loerke, Herribert Menzel, Gerhard Menzel, Alfred Richard Meyer, Agnes Miegel, Walter von Molo, Vorries Freiherr von Münchhausen, Müller-Parkentlicher, Mühlen-Schulte, Eard von Haso, Helene von Kostitz Walliwitz, Josef Fonten, Rudolf Pressler, Hofrat Rehbein, Ilse Reife, Hans Ritter, Heinrich Schauweder, Johannes Schlaf, Anton Schnack, Friedrich Schnack, Richard Schneider-Gedenken, Wilhelm von Scholz, Lothar Schreyer, Gustav Schroyer, Schussen (Wilhelm), Ina Seidel, Professor Heinrich Söhren, Dr. W. Seidel, Dietrich Sperkman, Heinz Stegewart, Luise von Strauß und Torney, Ewald Studen, Will Vesper, Magnus Wehner, Leo Weismantel, Bruno Werner, Zerkaulen, Hans Caspar von Jobeltig.

Seit einiger Zeit war bekannt, daß sich deutsche Schriftsteller, die das Naziland mit der

**Arbeiter-Eltern! Arbeiter-Kinder!**



Verlangt Werbematerial vom Arbeiterverein Kinderfreunde i. d. C.S.R., Reichssekretariat Bodenbach a. E. 813.

Seele suchten, um das Zustandekommen dieser Huldigungsliste bemühten. Es war nicht ganz einfach, und mit einigen gab es einen interessanten Briefwechsel, ehe sie sich entschlossen. Sie waren zwar bereit — und wer wäre das nicht? — für die Ehre ihres Vaterlandes einzutreten, aber sie zögerten, dieses für sie selbstverständliche Bekenntnis mit einem Treuecast für Hitler zu verbinden. Wir haben keine Möglichkeit, die letzten Gründe dieser Gesinnungsentscheidung nachzuprüfen, die 88 Männer des deutschen Schrifttums vom Geist der Humanität und vom Erbte edler deutscher Ueberlieferung im Bewußtsein der Menschlichkeit und der Freiheit trennt. Nur mit der Gabe der Einfühlung lassen sie sich in den Umrissen erkennen.

Es sind Leute dabei, die dem Hunger ausgeliefert wären, wenn die deutschen Zeitungen, die Zeitschriften, die deutschen Verleger nichts mehr von ihnen druckten. Andere wiederum sind Schriftsteller an nationalsozialistischen oder gleichgeschalteten Zeitungen, die auf der Ebene der Gesinnungswandlung schon einige Erfahrung besitzen. Einige der Unterschriftler sind literarische Snobs mit dem unbändigen Verlangen, für die jeweils herrschende Macht und im Angesicht des noch einigermaßen kaufkräftigen Publikums in jedem Fall repräsentativ zu bleiben. Wir finden auch Namen von Schriftstellern darunter, die lange mit dem Gedanken umgingen, das „Dritte Reich“ zu verlassen und sich in der harten Emigration den vermeintlich angenehmeren Anstand zu erhalten. Wir können diese Namen nicht nennen. Denn übermorgen drohte ihnen Verlegerboikott, wenn nicht gar Konzentrationslager.

Von den Joffstern, Schauweders, Benns und Steguweits, den SS-Sturmführern des un- deutschen Schrifttums, braucht nichts mehr gesagt zu werden. Sie werden Leute wie Otto Flake, den Weltfreund und Weltfriedensbeichtler, den Exiliter und Sozialkritiker, Josef Ponten, den Griechenfänger, Oskar Loerke, den früheren feinsinnigen Humanisten, die beiden Schnacks, Mitarbeiter des apollinischen „Berliner Tageblatt“, den ehemals radikal-jugendbewegten Schreiber Gerhard Menzel und einige andere noch, um die es schade ist, dem Führerprinzip unterwerfen. Ueber den Häuptern des alten Johannes Schlaf, des naturalistischen Mitkämpfers von Arno Holz, von Max Halbe, des Dichters der „Jugend“, schweben die krachlederischen Hosen des Balladen-Vorries von Münchhausen und der Rheinpala des Romanistcharakteristen Rudolf Herzog! Dazwischen ein somnambuler Traum des Herrn Wilhelm von Scholz, und — siehe da! — auch Walter von Molo, die Weimarer Säule, die der alten preussischen Dichterkademie vorstand und freibeitlich-republikanisches Herzblut verströmte.

Wahrhaftig, jeder und jede wären reis zu einer kleinen Arabeske: früher und heute. Es wäre ein zu billiges Vergnügen. Die treuen Gefolgsmänner Adolf Hitlers, die Friede, Arbeit, Ehre und Freiheit — wahrhaftig, auch Freiheit! — bei ihm in guter Gut wissen; die die heiligsten Güter der Nation, nämlich die Freiheit des Geistes, der Kunst und der Gesinnung verschmieren, verprügeln und verbrennen lassen; die schweigend sind vor dem Schicksal ihrer nahen Freunde, die im Konzentrationslager entwürdigt werden oder im Exil darben — diese Bewahrer der Ehre des Vaterlandes läßt jeder dumme kleine SA-Mann, der als Landsknecht gedungen wird und Befehle ausübt, ohne zu wissen, was er tut, an menschlicher Würde vor den großen ethischen Richtersthühlen erdblich hiner sich.

Freilich, es ist noch eine Frage offen. Diese nämlich: wer hat nicht unterzeichnet? Trotz emsiger Bearbeitung, trotz der Drohung, höheren Ortes gemeldet zu werden, trotz Aussicht auf Dyston und auf schmerzhaftes Stodprügel auf den Magen? Es sind ihrer nicht wenige, aber wir werden es nie erfahren. Denn das ist die Grimasse dieser großen Zeit: für das offene Bekenntnis einer noblen Haltung und einer Kameraderie des Geistes wird man ausgestoßen und geächtigt, wird man Landesverräter, Pazifist oder gar Marxist und hat das Lumpeneck zum Leben in diesem „Dritten Reich“ verloren.

Andreas Howard

**PRAGER ZEITUNG.**

**Kunst und Wissen  
Der Barbier von Sevilla.**

Rossinis komische Oper „Der Barbier von Sevilla“ wird nun bald ihren 100. Geburtstag feiern können. Aber sie ist jung geblieben und entzückt uns heute wie vor einem Jahrhundert durch die unbeschwerliche Leichtigkeit und frische Lebendigkeit ihrer Musik, die Vorbild und Muster geblieben ist für die italienische opera buffa. Das besondere Verdienst des Prager Deutschen Theaters bei dieser „Barbier“-Neueinstudierung bestand darin, das Werk in der ursprünglichen Fassung mit dem Gecco-Regiziativen an Stelle des bisher gebräuchlichen Prosodialoges auf die Szene gebracht zu haben. Das bedeutete die Wiederherstellung der Oper als feinsinniges musikalisches Lustspiel; denn der bislang verwendete Dialog mit seinen albernem Witz und Extempores war nicht eben Hilvoll. Wirkliche musikalische Freunde bereitere diese Neueinstudierung auch deswegen, weil man wertvolle Nummern der Oper wieder in ihre Rechte eingesetzt hatte: die gefühlswarme Cavatine Almavivas im ersten und die reizvolle Arie Marzellens im zweiten Akt. Unnötig war es dagegen — wenn es auch nur eine formelle Sache betrifft —, aus der zweifastigen Oper eine Oper in drei Aufzügen zu konstruieren; denn das Finale des zweiten Bildes ist Finale des ersten Aktes überhaupt.

Musikalischer Erneuerer des Werkes war Antonino Votto. Er hat dynamisch und auch rhythmisch Ausgesprochenes geleistet und hat auch viel Sorgfalt und Fleiß an die gestellte Aufgabe verwendet. Allerdings: restlose Unbeschwertheit der Rossinischen Musik erzielte er nicht. Auffällende Zurückhaltung in den bewegten Zeiträumen hinderte mitunter den schwingvolleren musikalischen Ablauf der Ensembles und Finales, die rhythmische Festigkeit und instrumentale Sauberkeit hätte oft eine noch größere Genauigkeit verlangen. Die Neueinstudierung des Werkes hatte Renato Mardo besorgt; stillvoll und mit Geschmack. Ihm dankte man auch das einheitliche, auf den Lustspielton abgestimmte Zusammenspiel aller Darsteller und Sänger. Unter diesen ist Hagen als gefänglich auferweidlich kultivierter und im Auftreten beweglicher Figaro an erster Stelle zu nennen. Rosine war Fr. Irene Ellison; überraschend sicher und sauber in den Akoloraturen, auch rein stimmlich auszeichnend, wenn auch nicht blendend, darstellerisch von entzückender Schalkhaftigkeit, allerdings mit sanft betonter Subrettenthafter Rollenlinie. Sehr tapfer hielt sich Andersonen als Basilio, der sogar die gefährlichen Höhen seiner großen Verkleidungsarien bewang. Aber wo blieb und bleibt Vender, der neue Basilio, der gerade mit der genannten Arie zu Beginn der Sation für sich war? Sehr gut Pa-b-le als Doktor Bartolo. Gut, wenn auch nicht besonders aus sich herausgehend (weder gefänglich noch stimmlich), Josef Rlavee als Almaviva. Sehr brav sang Mariale Schlip ihre kleine Arie und hatte mer den Fiorella, während man die kleine Partie des Offiziers mit einem besseren Sänger hätte besetzen sollen, als es Herr Dörfler ist. Das Theater war ausgezeichnet besucht und beifallsstimmig. E. J.

**Elizabeth Barrett Browning**

hat schon im Alter von zehn Jahren die Odyssee im griechischen Original gelesen. Später zog sie sich ein Lungenleiden zu und verbrachte ihre Jugend im Welt. Sie schrieb Gedichte, die dem Dichter Robert Browning so gefielen, daß er sie trotz ihrer Krankheit heimlich geheiratet und nach Italien entföhrt hat. Die Dichterin war nur deshalb nicht Sozialistin, weil ihr der englische Sozialismus des 19. Jahrhunderts zu „groß und materiell“ schien. eines ihrer Gedichte „Cry of the Children“ (Schrei der Kinder) beschrieb die Qualen der Kleinen, die in den englischen Vergewerten gearbeitet haben und hatte zur Folge, daß die Kinderarbeit durch ein Sondergericht geregelt werden mußte.

Ihr Fehler ist es nicht, daß Rudolf Weiler einen Teil ihres Lebens dramatisiert hat und daß dieses Drama vom Nationaltheater gewiß wird. Lange Diskussionen über Porter (englische Verfasser) und warme Milch oder darüber, ob eine kranke Frau die Fahrt von London nach Italien durchhält sind zwar für die Betreffende wichtig, für die Rückhauer aber höchst uninteressant. Auch das Motiv: Liebe auf den ersten Blick, beweist nur die Richtigkeit des

modulierten Sprichwortes: Wenn sich zwei lieben, sündigt sich der Dritte.

Zum Positiven des Abends gehören die unter der Regie R. O. Silara stehenden Schauspieler. Die oft bewährte Kunst der Anna Sedláčková in der Titelrolle fand glänzende Partner im Temperament der Jitka Štěpničková (Elisabeths Schwester), in der Routine Karens (der Dichter Browning) und hauptsächlich in Václav Vydroš egoistisch liebendem Vater, der glaubt, von Gott die Vollmacht über seine neun Kinder bekommen zu haben und diesen unter allen Umständen seine Autorität bewahren will. Da er selbst mit der Liebe die besten Erfahrungen gemacht hat, will er kein Haus vor diesem Uebel bewahren. Als er von der Heirat seiner Lieblings-tochter erfährt, bricht seine Diktatur zusammen. Das dürfte der Grund sein, warum dieses Spiel außer England und Amerika — wo der Erfolg durch die Beliebtheit des Dichterpaars gesichert war — auch in Italien, Deutschland und Ungarn durchgedrungen ist: unter Diktat lebende Menschen — lei es unter einem faschistischen Staat, einem mütterlichen Chef oder nur unter beschränkten Eltern — sehen gerne den Zusammenbruch einer Diktatur — wenn auch nur im Theater. h-h.

Das Prager Vereinstheater eröffnete sein 54. Spieljahr mit der Uraufführung von Goldoni's Komödie „Das Kaffeekaus“ in der freien Bearbeitung von Otto Joff. Es ist zweifellos ein Verdienst, das Prager Publikum mit einer Theaterführung von Rang bekannt gemacht zu haben. Die aufregendsten Momente des Komischen ins Tragische und wieder zurück zum typischen Finale der commedia del arte führt so bunt und beständig das kleine Lustspiel. So schwer ist gerade ein solches Werk, das fast in jeder Szene die Virtuosität der Schauspieler verlangt. Die Regie Ewald Schindlers verwendet mit viel Takt ein Abgleiten ins allzu Kunstgewerbliche und führt die Minderleistungen der Schauspieler zu Disziplin. Die Damen Zent, Ronn und Wolf (diese mit ein paar netten eigenen Tönen) und die Herren Mark-tzer, Bed, Bäumel und Herald sind mit großem Eifer bemüht. Die außerordentlich aktuelle Figur des Dramarbas spielt Dr. Julius Ring mit allen Ueberreibungen der grotesken alten Ziff. Rora Kliska a. G. ist der Mittelpunkt der Aufführung — eine wirklich begabte Schauspielerin, deren Charme und Können die Disziplinanzhine sofort verwarfelt; und durch ihr Witzspiel logar die Mitspielenden in eine lebendige Theaterphäre hebt. Viel Beifall. h. f.

**1. Philharmonisches Konzert.** Montag, den 13. d. M. Dirigent: S. J. Joff. Solist: Edmund Kury (Violoncello). Programm: Händel'sch: Postone; Symphonie. Schumann: Cello-Konzert. Brahms: I. Symphonie (Philharmon. Sonder-Abonnement.)

„Liebes!“ „Abschiedsoper“ am Donnerstag mit dem Ensemble des Theaters in der Josefstadt mit Paula Wessely, Oscar Karlweis, Hans Thim'g, Corienne Schner, Anne Leib, Wiela Wurm, Feix Tokus und Rudolf Teubler. Regie: Paul Kalded. (Abonnement aufgehoben.) — Freitag: „Ist Geraldine ein Engel?“ mit demselben Ensemble.

Vom Stadttheater Teplý-Schönan. Mit Josef Haydn's komischer Oper „Die Welt auf dem Monde“ erreichte die künstlerische Dreieinigkeit aus Kapellmeister Leopold Ludwig, Regisseur Dr. Hezel und Bühnenbildner Karl Josefobitz ihren Erfolg, der seine Ungewöhnlichkeit schon darin bestätigte, daß nach dem ersten Akte mehr als zehn Vorhänge begehrt wurden. Bis zu den kleinsten Kostbarkeiten entfaltet dieses Dunkel der älteren Opernliteratur den vollen Reichtum einer unerschöpflichen Frucht an musikalischer Süße und Schönheit. Orchester, vollendete Behandlung der Gesangspartien, die in lustigen Einfällen erfindungsfreudige Regie und die von Meisterhänden geschaffenen Szenarien haben den harmonischen Grundreißling für einen Farbenjubiläum aus dem hinreichende Freude aufleuchtete. Rudolf Thalers köstlicher Bismarck, im gefälligen Humor eines reifen Pasticcio; Kurt Popovitz's lindiger Doktor; Mario Salek's auf den bescheidenen Klang der Sehnsucht gestimmte Tenorstimme; der überaus lustige und darstellerisch wie gefällig gewandte Hanswurfft des Herrn Paul Schwarz; der von

